

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Andreas Jurca

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian von Brunn

Abg. Claudia Köhler

Abg. Martin Huber

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Tim Pargent

Abg. Harry Scheuenstuhl

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Maximilian Böttl

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** sowie die zum Plenum eingereichten **Änderungsanträge zum Einzelplan 13** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024) (Drs. 19/411)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 19/1872)

und

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1738 mit 19/1747)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1748 mit 19/1752)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1753 mit 19/1760)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 19/1761)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)

Haushaltsplan 2024/2025

hier: Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen der Starkregen- und Hochwasserkatastrophen Ende Mai/Anfang Juni 2024 in Bayern (Kap. 13 03 TG 71 - 74 und Kap. 13 06 Tit. 359 01) ([Drs. 19/2264](#))

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025**

hier: Schnelle und unbürokratische Hochwasserhilfe ermöglichen (Kap. 13 03 TG 71 - 74, Kap. 13 06 Tit. 359 01) ([Drs. 19/2274](#))

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025**

hier: Soforthilfe für Betroffene der Überschwemmungen im Mai und Juni 2024 (Kap. 13 03 TG 71 - 74 neuer Tit., Kap. 13 06 Tit. 359 01) ([Drs. 19/2301](#))

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2024/2025**

hier: Hochwasser in Bayern - schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene (Kap. 13 03 Tit. 681 71) ([Drs. 19/2333](#))

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 2024/2025)**

(Drs. 19/412)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1762 mit
19/1766)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 19/1767)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1768 und 19/1769)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 111 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 34 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 21 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten sowie auf die SPD-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu sechs Änderungsanträgen zum Einzelplan 13 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Konkret handelt es sich hierbei um die soeben erwähnten vier zum Plenum eingereichten Änderungsanträge sowie darüber hinaus um den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/1739 und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/1751.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und erteile dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Josef Zellmeier, das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Schlussbilanz zu Einzelplan 13, FAG und Haushaltsgesetz, lautet – ich hatte es am Dienstag schon gesagt –, dass wir obgleich der schwierigen Situation viel Kraft in diesen Doppelhaushalt gelegt haben. Lassen Sie mich deshalb mit einem Dank an dieje-

nigen beginnen, die daran mitgewirkt haben. An erster Stelle sind das natürlich unser Finanzminister Albert Füracker, der eine exzellente Arbeit leistet, und sein Staatssekretär Martin Schöffel. Außerdem danke ich allen Mitarbeitern des Ministeriums und insbesondere Herrn Amtschef Hübner, der heute anwesend ist, sowie Herrn Kazmaier, der uns als Abteilungsleiter eng begleitet und der ein wichtiger Partner ist. Wir sind auf diese Fachkompetenz angewiesen, und wir stehen nicht immer in einem unkritischen, aber immer in einem guten Austausch. Das ist uns sehr wichtig.

Ich darf auch betonen – ich sage das in jeder Haushaltsrede, Sie können es meistens nicht mehr hören –: Wir haben ein exzellentes Rating von internationalen Agenturen. Bayern ist im Jahr 2024 als einziges Bundesland von den Agenturen Standard and Poor's und Moody's erneut mit Spitzenratings versehen worden. Da werden verschiedene Punkte angeführt, warum das so ist: eine starke, robuste Unternehmerlandschaft und ein starker Mittelstand, aber auch eine hervorragende Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das kommt nicht von ungefähr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf meinem Stellvertreter Bernhard Pohl danken, der mich nicht nur im Ausschuss gut vertritt, sondern auch als Koalitionspartner eine wirklich vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir pflegt. Danke dafür. Er sorgt auch, wie wir vorher in seinen Reden gehört haben, immer für gute Pointen. Danke für das gute, freundschaftliche Miteinander.

Wir haben intensiv und kontrovers diskutiert, 40 Stunden in drei Wochen hintereinander. Das war eine große Belastung für die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Insgesamt gab es 820 Änderungsanträge. Man darf die Vorbereitungszeit nicht vergessen, die uns alle betroffen hat, aber speziell uns als Regierungsfraktionen; denn dort ist viel zu leisten.

An der Stelle möchte ich deshalb allen Danke sagen, die uns dabei unterstützen. Ich nenne an erster Stelle das Büro des Haushaltsausschusses: die Büroleiterin Frau Wichtermann-Robl, den Herrn Hechenblaikner als ihren Stellvertreter, die Frau Bergbauer-Schlenzger und den Herrn Treitner als Mitarbeiter, die hier Großes leisten, vor allem in diesen drei Wochen, aber auch sonst das ganze Jahr über. Danke und Vergelts Gott dafür. Genauso danke ich unserem Referatsleiter Haushalt in der Fraktion, Herrn Dr. Raeder, der da wirklich tolle Arbeit leistet.

Ich nenne aber auch alle, die hier im Hause tätig sind. Ich nenne hier auch mal die Offizianten, die bei diesen langen Sitzungen aushalten müssen. Ich möchte ausnahmsweise einen namentlich nennen, der nach über 40 Jahren seine letzten Haushaltsberatungen hat: Rainer Posluschny, den Leiter des Offiziantendienstes, der zum Jahresende ausscheidet und hier keinen Haushalt mehr miterleben wird. Auch Ihnen ein Dankeschön; denn die Arbeit, die oft als einfache Arbeit gilt, ist sehr schwierig. 203 Abgeordnete sind ein Sack voller Flöhe. Die zu betreuen, ist eine tolle Leistung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage aber auch den Mitgliedern der Staatsregierung Danke, die bei den Haushaltsberatungen alle vertreten waren. Auch das ist wichtig. Mit den Mitgliedern der Staatsregierung danke ich auch den jeweils Zuständigen in den Haushaltsreferaten der einzelnen Ministerien. Auch dort wird gute Arbeit geleistet. Das gilt nicht zuletzt auch für den Stenografischen Dienst, der diese komplexen und langen Verhandlungen immer sehr schnell und zielgenau mitprotokolliert.

Der wichtigste Dank aber gilt wem? – Dem bayerischen Steuerzahler natürlich. Denn wir haben in Bayern hervorragende Steuerzahler, die auch grundehrlich sind. Vorher haben wir debattiert, wie viel da betrogen wird. Wenn man sich anschaut, was der Freistaat Bayern im Vergleich zum Aufkommen des Bundes beiträgt, zeigt sich die Wahrheit. Das ist immer so ein Thema. Wir haben bei den Debatten in den letzten Tagen vor allem vonseiten des Kollegen von Brunn gehört, dass der Bund Bayern so großzügig bedient. Das können wir a) nicht feststellen und b) trägt Bayern übergroßzügig zum Steueraufkommen des Bundes bei. Das wird immer vergessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir zahlen überdurchschnittlich ein in den Länderfinanzausgleich, in den Bundeshaushalt, und holen unterdurchschnittlich heraus. Das muss sich ändern; denn dann könnten wir uns viele Dinge leisten, die die Opposition gerne vorschlägt und die Geld und Stellen kosten und die andere Bundesländer sich leisten, anstatt zu investieren, um aus dem Tief herauszukommen und endlich mal nicht mehr aus dem Länderfinanzausgleich bedient zu werden. So hat es Bayern über Jahrzehnte gemacht. Da wollen wir auch weiterarbeiten.

Wir haben schwierige finanzielle Rahmenbedingungen, eine lahrende Wirtschaft. Insgesamt ist die Wirtschaft auch innerhalb der G7 nicht optimal. Das wissen wir. Aber immerhin: Wir haben 0,2 % Wachstum, die G7 0,7 %. Deutschland ist da Schlusslicht. Das ist beunruhigend. Wir waren mal Lokomotive. Wir sind in der Wettbewerbsfähigkeit abgesunken. Das macht mir die größten Sorgen; denn das bedeutet, es geht so weiter und wird nicht besser. Wir waren vor zehn Jahren noch auf Platz 6. Jetzt sind wir auf Platz 22. Das kann so nicht bleiben. Da brauchen wir eine andere Politik in Berlin; denn sonst werden wir aus diesem Tief nicht herauskommen. Wir brauchen Fachkräfte, Wachstum und konkurrenzfähige Steuern. Da noch eine Replik zum Einzelplan 06: Wenn die Bundespolitik mal dazu beitragen würde, die Steuern wirklich zu vereinfachen, dann könnten wir manches einsparen.

(Michael Hofmann (CSU): So ist das!)

Das sage ich nicht nur, weil wir uns gern Stellen und Geld sparen würden, sondern auch, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung und die Steuerberater genauso denken. Wir müssen hier endlich mal für Entbürokratisierung sorgen; denn ein einfaches Steuerrecht ist gerechter als ein komplexes, bei dem manche Wege finden, an der Besteuerung vorbeizukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in vielen Bereichen die richtigen Zeichen gesetzt. Wir steuern sinkenden Steuereinnahmen entgegen. Mit einer Investitionsquo-

te von 15 % ist Bayern an der Spitze. Das zeichnet uns aus. Zinsquote: 0,9 %. Im Bund hat sich die Zinsquote auf 7,9 % verdoppelt.

Jetzt kommt es, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Opposition immer wieder zusätzliche Ausgaben fordert: Der Bund nimmt Schulden in Höhe von 39 Milliarden Euro auf – trotz Schuldenbremse. Und 37 Milliarden Euro gehen in Zinsen, das heißt, der Effekt ist null! Mit diesen 39 Milliarden Euro wird so gut wie nichts bewirkt, weil nur die Schuldenlast bedient wird. Das kann doch nicht sein! Das kann nicht zielführend sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben trotz der 10 Milliarden Euro aus der Corona-Zeit eine Pro-Kopf-Verschuldung von nur 2.783 Euro. Das ist im Vergleich der Flächenländer West die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung: Dort liegt der Durchschnitt bei 9.000 Euro pro Kopf, an der Spitze das Saarland mit 17.500 Euro pro Kopf. Da sehen wir mal, dass wir uns viele Spielräume geschaffen haben durch eine konsequente und sparsame Politik der Schuldenbremse, die unsere DNA ist, von uns erfunden wurde und bundesweit durchgesetzt wurde.

Mich erfüllt auch mit Sorge, dass in vielen Gremien, vor allem aufseiten der Bundesregierung, diskutiert wird, wie man der Schuldenbremse am besten entgehen kann. Auch das ist der falsche Weg.

Kommen wir zu den Schwerpunkten. 40 % unserer Ausgaben gehen in das Personal. Wir haben in Bayern hervorragendes Personal. Das ist uns sehr wichtig. Wir bezahlen es auch gut. Aber auch hier muss man sagen, dass die Grenze erreicht ist. Das kann nicht noch weiter steigen. Deshalb muss man sich künftig auf die Stellensituation bewusst einlassen und schauen, wo man zumindest die Zuwächse begrenzen kann oder sogar etwas reduzieren kann.

35 % des Haushalts entfallen auf Bildung, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulbildung. Das ist ein hervorragender Wert. Neue Lehrerstellen, A 13 für Grund- und Mittelschullehrer oder die HTA-Offensive, für die wir 1,1 Milliarden Euro ausgeben.

Auf die Kommunen entfallen 30 %. Die Investitionen habe ich schon genannt. Zu den Kommunen wird der Kollege Grossmann hernach noch näher ausführen.

12 % des Haushaltsvolumens kommen gar nicht bei uns an. Das ist der Länderfinanzausgleich: 9,1 Milliarden Euro. Nun sind wir ja nicht ungerecht. Wir haben selber mal profitiert, wenn es auch lange her ist und vergleichsweise wenig war. Aber es kann nicht sein, dass wir mehr als ein Zehntel unseres Haushaltsvolumens an andere Länder geben müssen. Auch hier ist eine Änderung dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherheit, traditionell die Stärke Bayerns. Darauf hat die CSU-Fraktion immer großen Wert gelegt. Es gibt neue Stellen für die Polizei und die Justiz. Wir steigern die Ausgaben für die Polizei um fast 15 %. Das Polizeibudget, das Sachbudget steigt deutlich an mit 1,1 Milliarden Euro. Wir unterstützen die Feuerwehren. Die Feuerwehrförderung wurde deutlich verbessert. Das schlägt sich auch im Haushalt nieder.

In der Summe ist das eine gewaltige Bilanz. In all diesen Bereichen ist der ländliche Raum groß enthalten. Das lässt sich sehen.

Hinzu kommt die Infrastruktur. Das ist auch eine Stärke unserer Politik. Da schaue ich speziell die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN an. Die Staatsstraßen sind uns sehr wichtig, auch wenn Sie immer das Gegenteil fordern. Die Staatsstraßen sind für den ländlichen Raum enorm wichtig, nicht nur für den Individualverkehr, sondern auch für den öffentlichen Nahverkehr, der im ländlichen Raum eben nicht in erster

Linie Bahnverkehr ist, sondern Busverkehr. Da brauchen wir gute Staatsstraßen. Darum haben wir den hohen Ansatz von 500 Millionen Euro jährlich bereitgestellt und werden weiter dafür sorgen, dass die Infrastruktur nicht vergessen wird. Da haben wir natürlich insbesondere den Erhalt, aber auch noch einzelne Ausbaumaßnahmen und Ortsumgehungen, und zwar dort, wo sie gewünscht und getragen werden. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg.

Mir ist ganz wichtig: Wir tun viel für den Hochwasserschutz. 2 Milliarden Euro haben wir in den letzten 10 Jahren investiert, 4 Milliarden Euro insgesamt. Wir haben auch in diesem Haushalt wieder 200 Millionen Euro dafür vorgesehen. Bei mir im Stimmkreis wird intensiv gebaut. Wir haben viele Polder-Gebiete, zum Beispiel der Sulzbach-Polder. Wir haben eine Gemeinde, die zu 98 % im Überschwemmungsbereich liegt, die keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten hatte. Jetzt passiert dort der Hochwasserschutz, eine ganz wichtige Entscheidung, damit sich zum Beispiel die Gemeinde Mariaposching auch wieder entwickeln kann.

Natürlich kann nicht alles auf einmal gemacht werden; aber wir haben immer viel getan und tun das auch weiter. Vor allem helfen wir den Opfern der Hochwasserkatastrophe; denn bei aller Vorsorge werden wir bei veränderten klimatischen Bedingungen nie alles vorausschauend verhindern können. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass sowohl im Einsatz als auch dann bei der finanziellen Entschädigung rechtzeitig geholfen wird. Da möchte ich Danke sagen. Insgesamt wurden 6.600 Evakuierungen durchgeführt. 60.000 Rettungskräfte waren im Einsatz: Polizei, Feuerwehr, Rotes Kreuz, THW, DLRG, Wasserwacht, Bundeswehr. Ich sage auch denen Dank, die privat geholfen haben: Privatpersonen, Unternehmen und Landwirten, die ihre Fahrzeuge zur Verfügung gestellt haben, sage ich allen ein großes Vergelts Gott für diese tolle Leistung.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das war eine professionelle Bewältigung einer schwierigen Situation, die in Bayern vorbildlich gehandhabt wird. So auch bei den Hilfsmaßnahmen und den finanziellen Unterstützungen: eine schnelle Entscheidung des Kabinetts und die schnelle Möglichkeit der Zuweisung, die jetzt schon läuft. Die ersten Mittel werden schon zugewiesen. Deshalb stellen wir auch unseren Änderungsantrag, der die bewährte Methodik aufgreift, wie wir Mittel bereitstellen können. Diese sind in erster Linie mal nach oben offen. Wir haben jetzt mal 100 Millionen Euro angesetzt. Darüber hinaus muss der Landtag, der Haushaltsausschuss, beteiligt werden. Das möchte ich an der Stelle auch mal sagen. Die Änderungsanträge der anderen will ich jetzt nicht kommentieren; aber unser Antrag lässt nach oben Möglichkeiten offen, und wenn mehr benötigt wird, ist das Parlament in Person des Ausschusses zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses Notbewilligungsrecht hat sich in der Vergangenheit als sehr flexibel erwiesen. Wir wollen da weitermachen, ob es um Privatpersonen, um Unternehmen, um landwirtschaftliche Betriebe geht, damit schnell und effizient geholfen werden kann. Ich danke auch allen, die für diese schnelle Hilfe im Vollzug sorgen. Ich weiß das sehr zu schätzen, dass hier in Bayern die Dinge anders laufen als in anderen Bundesländern, wo manche Dinge sehr langsam vonstatten gehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine dringende Bitte an den Bund lautet: Wir wollen, dass der Bund sich beteiligt. Da gibt es auch Aussagen. Wir hoffen, dass es bald und schnell passiert. Diesen Worten sollen Taten folgen. Bei den Hochwasserhilfen 2021 hat sich der Bund mit 50 % beteiligt. Das wäre natürlich auch hier unser Wunsch. Man darf nicht vergessen: Im Aufbauhilfefonds 2021 war Bayern entsprechend dem Königsteiner Schlüssel beteiligt; aber nur 1 % der Hilfen sind nach Bayern geflossen. Der Rest ist zu Recht, wegen der großen Schäden, in andere Länder geflossen; aber nun wünschen wir uns, dass diese Hilfen in großem Umfang zu uns fließen, weil hier ein Schwerpunkt der Notsituation ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch einige wenige Worte zu unseren Fraktionsinitiativen. Die Opposition kritisiert das immer gerne. Die 100 Millionen Euro sind sehr wichtig. Damit treiben wir Dinge wie die Dorferneuerung voran, leisten viel für die Kultur und beim Denkmalschutz, unterstützen das Lokalfernsehen mit 2 Millionen Euro, aber auch viele örtliche Projekte, die sich durch Besonderheiten hervorheben. Diese Vielfalt, die Buntheit, die vorhanden ist, zeichnet Bayern aus. Bei den vielen örtlichen Einzelthemen, die sich eben von der Standardförderung abheben, wollen wir unterstützen. Wir tun das gerne, weil uns das Land wichtig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus der Opposition, sehen Sie endlich mal ein, dass das nicht irgendwelche Wünsche von Abgeordneten sind, die erfüllt werden, sondern notwendige Bedarfe vor Ort. Wir haben über 2.000 Kommunen. Wir wollen, dass vor Ort beste Lebensbedingungen herrschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte deshalb darum, dem Haushalt so zuzustimmen, und freue mich, dass der Kollege Böttl heute, an seinem Geburtstag, auch eine Rede dazu halten darf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Jurca.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wir kommen zum Endspurt der Haushaltsberatungen. Heute besprechen wir die Allgemeine Finanzverwaltung, das Bayerische Finanzausgleichsgesetz und natürlich das Haushaltsgesetz selbst.

Bevor wir zur Sache kommen, möchte ich mich an dieser Stelle auch bei den Mitarbeitern bedanken, die hier im Landtag am Entwurf des Haushalts und an den Haushalts-

verhandlungen im Ausschuss und im Plenum mitgewirkt haben. Mein Dank gilt ebenso den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und natürlich dem Herrn Vorsitzenden Josef Zellmeier. Mein ganz besonderer Dank gilt aber dem bayerischen Steuerzahler, der dem Landtag überhaupt diesen weitreichenden finanziellen Spielraum von fast 150 Milliarden Euro ermöglicht: Danke, liebe Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Nun komme ich zur Sache. Wir blicken zurück auf die intensiven Haushaltsberatungen und sagen klar: Nein! Wir als AfD-Fraktion können dem Haushaltsgesetz in dieser Form nicht zustimmen. Neben den klar erkennbaren Defiziten im Gesetz gibt es immer wieder Zumutungen für die Opposition, die das Mitwirken im Gesetzgebungsprozess schwierig machen. Da wäre zunächst die verspätete Vorlage des Haushaltsentwurfs zu nennen. Ich weiß, das Argument ist mittlerweile bekannt, und Sie möchten mit den Augen rollen; aber die Regierungen anderer Bundesländer und sogar die chaotische Ampel-Regierung im Bund schaffen es, ihre Haushaltsentwürfe dem Parlament fristgerecht vorzulegen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber was für welche!)

Warum schafft es denn die Bayerische Staatsregierung seit fünf Jahren kein einziges Mal? – Das daraus folgende Problem ist ein halbjähriger vorläufiger Haushaltsvollzug.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ich kann auch ein Stück Papier nehmen und darauf Haushalt schreiben!)

Die Staatsregierung hat durch das lange Abwarten aber nichts gewonnen. Wir als AfD fordern die Staatsregierung auf, ihrer Pflicht nachzukommen und den nächsten Haushaltsentwurf endlich mal rechtzeitig vorzulegen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Das andere dauerhaft bestehende Problem ist die Fraktionsreserve. Auch hier ist das Schema seit Jahren gleich. Die Ansätze für die Fraktionsreserve steigen immer weiter, zuletzt von 70 Millionen auf 100 Millionen Euro pro Jahr. Die Gelder werden den Empfängern versprochen, lange bevor das Haushaltsgesetz vom Landtag verabschiedet ist. Die Mittel für Einzelmaßnahmen, manchmal in Höhe von 10.000 Euro, könnten von Anfang an in den Haushaltsentwurf aufgenommen werden. Stattdessen werden sie in einem großen Spektakel mittels Änderungsanträgen eingebracht, damit die CSU und die FREIEN WÄHLER als Gönner in den Stimmkreisen auftreten können. Das ist absolut unanständig und nimmt den Beschluss des Landtags vorweg.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die AfD redet von "unanständig"!)

Als AfD fordern wir die Abschaffung der Fraktionsreserve und ein Ende der Vorwegnahme parlamentarischer Beschlüsse. Ich nenne das Stichwort Rechtsstaatlichkeit.

Kommen wir zu den klar erkennbaren Defiziten im Haushaltsgesetz. Wie wir sehen konnten, hat sich die Staatsregierung in diesem Doppelhaushalt eines neuen Tricks bedient: Sie schafft einen neuen Geldtopf, die sogenannte Konjunkturvorsorge. In diesem Geldtopf parkt die Staatsregierung Gelder, die eigentlich für die Schuldentilgung vorgesehen waren. So soll die finanzpolitische Reaktionsfähigkeit des Haushalts sichergestellt werden. Das Problem damit ist nur, dass von diesen zusammengerechnet 771 Millionen Euro nichts mehr übrig bleibt; denn die aktuelle Steuerschätzung geht von einem Steuerdefizit von 1,1 Milliarden Euro für den Freistaat aus. Somit ist die Konjunkturvorsorge komplett aufgebraucht. Abseits davon sollten die Gelder der Konjunkturvorsorge verbindlich zur Schuldentilgung verwendet werden, wie wir es in unseren Änderungsanträgen fordern. Der Bayerische Oberste Rechnungshof fordert das übrigens auch.

Apropos Schuldentilgung: Die Schuldenlast drückt auf den Freistaat; denn durch die Corona-Kredite ist der Schuldenberg mittlerweile auf 37 Milliarden Euro angestiegen.

Die Zinsausgaben des Freistaats steigen aufgrund des europäischen Zinsumfelds weiter an. Das bedeutet im Klartext, dass der Freistaat bereits im Jahr 2024 rund 600 Millionen Euro nur für Zinsen ausgibt. Im Jahr 2025 sind es dann 880 Millionen Euro, und in den Jahren 2026 und 2027 steigen die Zinsausgaben des Freistaats auf 1,1 Milliarden respektive 1,2 Milliarden Euro. Der finanzielle Handlungsspielraum wird immer geringer, weil die Staatsregierung in guten Zeiten keinerlei Vorsorge getroffen hat, die den Namen verdient.

Tatsächlich zeigt sich ein ideenloses Weiter-so im Haushaltsgesetz; denn die Staatsregierung will auf keine einzige Ausgabe der Vorjahre verzichten. Wir als AfD hingegen haben klare Alternativen in unseren Anträgen aufgezeigt, wie man die Schulden solide und nachhaltig abbauen kann.

Jetzt fragt man sich: Warum will die Staatsregierung keine Schulden abbauen? – Aus einem einfachen Grund: Die Staatsregierung hält die Ausgaben für illegale Migration, Maßnahmen gegen den vermeintlichen Klimawandel, für Entwicklungshilfe und allgemeine Tugendsignale für unabdingbar. Dies ist eine falsche Priorität, meine Damen und Herren! Allein die Ausgaben für den sogenannten Zuwanderungs- und Integrationsfonds stehen im Jahr 2024 bei geplanten 2,7 Milliarden Euro. Für 2025 sind es noch mal 2,5 Milliarden Euro. Der Bund erstattet von diesen Ausgaben nur einen geringen Teil. Dies sind Steuergelder der arbeitenden Bayern, die zu 99 % an illegale Einwanderer gehen. Das ist nur das finanzielle Opfer, das in Bayern jedes Jahr für illegale Einwanderer abverlangt wird. Der Preis für den massiven Verlust an Lebensqualität und steigende Kriminalität lässt sich nicht in Euro berechnen. Wir alle wissen doch, dass ein islamistischer Messerangriff wie in Mannheim auch jederzeit in Bayern passieren kann.

Die illegalen Zuwanderer sind in Bayern also bestens versorgt. Aber auch außerhalb Bayerns kommen sie in den Genuss bayerischen Steuergelds; denn der Freistaat gibt für Entwicklungshilfe Millionen aus. Wenn die Bundesregierung Radwege in Peru fördert, ist der Aufschrei groß, aber wenn Bayern Englischkurse für Jesiden im Irak oder

Demokratie-Nachhilfe für Kommunalwahlen in Südafrika bezahlt, fragt niemand nach. Deswegen fragen wir als AfD-Fraktion: Ist es Sache eines Bundeslandes, Entwicklungshilfe zu leisten, obwohl wir genügend eigene Probleme haben, wie man es an den Überschwemmungen der letzten Tage sieht? Hier müssen Gelder bereitgestellt werden, um in allererster Linie den Betroffenen, die wiederum unseren Haushalt finanzieren, zu helfen. Meine Damen und Herren, deshalb haben wir hierzu auch einen entsprechenden Antrag gestellt, auf den aber mein werter Kollege Andreas Winhart näher eingehen wird.

Fehlende Hochwasserschutzmaßnahmen sind nur ein Punkt von vielen Punkten, die von der Staatsregierung nicht eingeplant wurden. Wir als AfD-Fraktion haben in Hunderten von Änderungsanträgen konkret dargelegt, wie man den Haushalt auf den richtigen Weg bringen kann. Wir streichen nicht nur Ausgaben, an die sich die Staatsregierung nicht herantraut, sondern wollen Bayern auch zukunftsfest machen. Bei Polizei und Justiz möchten wir mehr Personal und bessere Ausstattung. Im Bereich der Wissenschaft wollen wir mehr Geld für Forschung im medizinischen Bereich. Im Bereich der Landwirtschaft wollen wir gegen das Höfesterben vorgehen; denn wir haben die Proteste der Landwirte nicht vergessen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen Wohnbaugenossenschaften fördern, damit man in Bayern auch in Zukunft noch bezahlbares Wohneigentum erwerben kann. All das zuzüglich einer Schuldentilgung hätten wir mit unseren Entwürfen solide gegenfinanziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die AfD-Fraktion hat in diesem Haushalt gezeigt: Es geht auch anders. Vielleicht lassen Sie sich in Zukunft von uns inspirieren, Herr Staatsminister Füracker? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten einen Doppelhaushalt und werden ihn in Kürze verabschieden, der uns durchaus vor Herausforderungen gestellt hat, weil uns die Rahmenbedingungen, die von Berlin gesetzt wurden, nicht wie in den vergangenen Jahren in die Lage versetzt haben, mit zusätzlichen Mitteln Projekte zu finanzieren, die wir für sinnvoll, wünschenswert und richtig erachten.

Meine Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Tagen mehrfach die verfehlte Wirtschaftspolitik des Bundes angesprochen. Ich möchte Ihnen das jetzt einmal ein bisschen konkreter darlegen, um zu verdeutlichen, woran es im Einzelnen krankt.

Ja, Sie haben recht, wir leben in Zeiten, die schwierige Rahmenbedingungen setzen. Wir hatten die Corona-Pandemie, die uns nicht in die Karten gespielt hat. Wir haben den Ukraine-Krieg, den Russland mitten in Europa angezettelt hat und der uns vor Augen geführt hat, wo unsere Defizite liegen, dass wir die Bundeswehr kaputtgespart haben. Das war sicherlich nicht die Ampel allein; das geht schon über Jahrzehnte so. Das muss man deutlich sagen. Aber in dieser Situation haben Sie als Brandbeschleuniger gewirkt und die Krise in einer Art und Weise verschärft,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

dass man es nur noch als unverantwortlich bezeichnen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich arbeite mich gar nicht an Ihrem verkorksten Gebäudeenergiegesetz ab. Das ist natürlich immer ein gutes Beispiel dafür, dass gut gemeint noch lange nicht gut gemacht ist. Nein, Sie hätten die Zeichen anders setzen müssen. Wir müssen doch die Leistungsträger anreizen.

(Florian von Brunn (SPD): Oh, jetzt kommt wieder die olle Kamelle!)

Wir müssen doch das Ziel verfolgen und Politik dafür betreiben, dass sich die Steuereinnahmen erhöhen und dass es den Unternehmen und der Wirtschaft gut geht. Was machen Sie? – Sie setzen komplette Fehlanreize. Sie belohnen diejenigen, die nichts beitragen, mit 12 % Bürgergeldhöhung! Ich spreche noch gar nicht davon, ob die Bürgergeldempfänger alle zu Recht Bürgergeld beziehen. Die Rentner in diesem Land würden sich freuen, wenn sie 12 % mehr Rente erhielten,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

aber diese haben lebenslang Leistung dafür erbracht und in ein System einbezahlt.

Auf der anderen Seite belasten Sie die Unternehmen und die Menschen mit ständig steigenden Steuern, anstatt Steuerentlastungen vorzunehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Warum ist das so verheerend für die wirtschaftliche Lage? – Vielleicht haben Sie es in den vergangenen Tagen gehört: Die Zahl der voll Erwerbstätigen sinkt! Wir haben immer mehr Menschen, die in Teilzeit beschäftigt sind.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Herr von Brunn, wenn Sie die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann machen Sie weiter! Sie gehören zu den Schlaraffenland-Utopisten, die die Augen verschließen und nicht begreifen, wohin das Land steuert, wenn Sie noch länger in Berlin am Steuer sitzen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Bayerischer Haushalt!)

Meine Damen und Herren, die Leistungsträger anzureizen, heißt, den Menschen etwas zu bieten, wenn sie vollschichtig erwerbstätig sind. Das ist am einfachsten und übrigens auch am gerechtesten, wenn man sie steuerlich entlastet. Dann ist die Moti-

vation vorhanden, mehr zu arbeiten. Aber wenn man ein halbes Jahr für den Staat arbeitet und nur ein halbes Jahr für sich selbst, dann fehlt diese Motivation. Das muss ich Ihnen hier an dieser Stelle schon einmal deutlich ins Stammbuch schreiben. Die Lösung lautet nicht Vier-Tage-Woche bzw. 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich oder unflexible Arbeitszeiten. Wir müssen es den Menschen ermöglichen, mehr zu arbeiten und mehr zu leisten, und ihnen die Chance geben, dass sich dies tatsächlich lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Unsere Bayernstrategie, die wir dagegensetzen, lautet:

Erstens. Wir haben eine hohe Investitionsquote des Staates. Wir investieren nicht in Konsum, wie Sie es tun. Wir investieren in Zukunft! Unser Dreiklang heißt: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft. Ich nenne die Hightech Agenda als den Leuchtturm dieser Staatsregierung. Ich danke an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter. Die beiden haben 2019, vor der Corona-Pandemie, das Thema Hightech Agenda aufs Gleis gesetzt. Die Hightech Agenda ist tatsächlich ein Instrument, um die bayerische Wirtschaft in Europa und weltweit an der Spitze zu halten und dafür zu sorgen, dass wir auch in einem Hochlohnland die notwendigen, guten und gut bezahlten Arbeitsplätze haben und wir als Bayerischer Landtag über die Steuereinnahmen verfügen, um Politik gestalten zu können.

Zweitens. Wir haben seit vielen Jahren eine vorausschauende, gute Finanzpolitik betrieben. Dazu kann man schon auch ein Stück weiter in die Geschichte gehen. Das zeichnet dieses Land seit vielen Jahrzehnten aus. Als wir 2008 in den Bayerischen Landtag kamen, gab es die einzige echte Turbulenz der Finanzpolitik des Freistaats. Das war das Chaos bei der Bayerischen Landesbank. Man muss aber sagen: Dieses Chaos bei der BayernLB haben wir auch deswegen gut bewältigen können, weil der Freistaat finanziell sehr gut aufgestellt war.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Da haben wir ja immer noch Schulden!)

An dieser Stelle möchte ich auch mal ein Dankeschön an diejenigen aussprechen, die jahrzehntelang Finanz- und Haushaltspolitik betrieben haben. Einer der Söhne des Finanzministers Max Streibl, Florian Streibl, sitzt hier unter uns. Stellvertretend an dich Dank für eine gute Finanzpolitik des Freistaats Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das setzen wir aktuell fort. Andere, wie die Ampel in Berlin, wissen nicht, wie sie den Haushalt ausgleichen sollen.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie müssen ständig irgendwelche Notlagen ausrufen. Wir in Bayern verfügen noch über Rücklagen. Leider schmelzen sie ab. Leider wird es in Zukunft schwieriger werden. Das ist keine Frage. Aber wir haben gute Vorsorge betrieben. Wir haben ein solides finanzielles Fundament in diesem Land. Vorausschauende Finanzpolitik ist einer der Erfolgsfaktoren bayerischer Politik und auch einer der Gründe, warum es Bayern besser als anderen geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Menschen in Bayern. Ich greife jetzt mal drei Punkte heraus; man könnte noch viele andere nennen. Der eine Punkt ist – ich sprach vorher von Wissenschaft –: Unsere Hochschulen, die LMU und die TU in München, sind an der Spitze in Europa. Das war die Meldung des gestrigen Tages. Darüber kann man sich doch einmal freuen. Aber vielleicht überlegt man auch, welche Gründe das hat.

Wir sind nicht nur in München stark, sondern wir sind, was die Hochschulen anbetrifft, in ganz Bayern stark, von Deggendorf bis Aschaffenburg, von Kempten bis Hof. Das ist auch ein Erfolgsfaktor; denn die klugen Menschen sind in Bayern über das ganze Land verteilt, lieber Volkmar Halbleib, von Ochsenfurt bis Waldkirchen. Überall haben wir Leistungsträger, überall haben wir kluge Leute. Wir haben die Hochschulen in den

Regionen, damit möglichst viele Menschen in den Regionen diese Hochschulen besuchen können und sich eine gute Grundlage für ihre spätere Berufstätigkeit erwerben.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Kommt noch was zum Haushalt?)

Ein weiterer Punkt: Ja, wir haben auch – dieses Kompliment möchte ich an dieser Stelle mal loswerden – in den Behörden fleißige Beamte, die Genehmigungsverfahren gut vorantreiben. Wir haben Landräte und Bürgermeister, die sich ihrer Aufgaben bewusst sind, die sich nicht wegducken, sondern selber auch mal etwas für die Wirtschaft und unseren Standort entscheiden. Das ist positiv. Schauen Sie bitte nach Brandenburg, auf dieses Trauerspiel mit Tesla, mit dem Gemeinderat von Grünheide und den Demonstranten usw. Das gibt es bei uns in Bayern nicht. Ich bin auch ein Stück weit stolz darauf, dass dieses Land anders zusammenhält, als es in anderen Teilen dieser Republik der Fall ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An dieser Stelle auch das Thema Staatsstraßen: Dabei muss ich sagen, es gibt, was die Staatsstraßen anbetrifft, eine sehr große Koalition. Ich freue mich, dass die SPD immer sehr an unserer Seite ist, wenn es darum geht, den Staatsstraßenetat zu erhöhen. Die GRÜNEN haben es leider Gottes noch nicht verstanden. Aber vielleicht wächst auch da die Erkenntnis, dass ein Bus auch eine Straße zum Fahren braucht

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

und dass Ortsumgehungsstraßen auch ein Teil des Umweltschutzes sind; denn sie tragen dazu bei, den Lärm und die Belastung für die Menschen innerorts zu mindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir schaffen Heimat durch die Heimatstrategie, die ebenfalls dazu beiträgt, ländliche Räume zu stärken und die kleineren Metropolen in den Regionen zu stärken. Wir haben es vorhin benannt; es geht darum, dass Behörden verlagert werden. Kollege

Grob hat als ein Beispiel von vielen die Finanzhochschule in Herrsching genannt, die nach Kaufbeuren und Kronach verlagert wird bzw. schon verlagert ist. Das setzt Impulse in den Regionen in Bayern.

Ich bin sehr froh, Kollege Grossmann, ich habe das Kompliment gerne angenommen: Ja, die FREIEN WÄHLER sind die Partei, die sich in ganz besonderem Maße um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern kümmert und sich darum verdient gemacht hat. Zu Zeiten von Stoiber und Erwin Huber gab es noch eine Metropolstrategie. Inzwischen steht diese Koalition einmütig zu den ländlichen Räumen, zu ganz Bayern. Markus Söder, Hubert Aiwanger, Albert Füracker – wir stehen für die Regionen in Bayern. Das ist gut so, das ist richtig so. Das ist eine Erfolgsstrategie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – das heißt auch, die Menschen mitzunehmen. Warum ist Bayern das beliebteste Land in ganz Deutschland und darüber hinaus? Warum ist das wohl so? – Natürlich hat das mit äußeren Rahmenbedingungen zu tun. Aber das ist insbesondere deshalb so, weil wir auch politisch immer darauf geschaut haben, das Ehrenamt zu stärken.

Wenn wir vom Ehrenamt reden, möchte ich an dieser Stelle – es passt in dieser Woche – einmal die Feuerwehren und das unglaubliche Engagement der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner in ganz Bayern ganz besonders herausgreifen. Schaut nach Nordrhein-Westfalen: Da haben wir Berufsfeuerwehren landauf, landab. Wir schaffen das im Wesentlichen durch Ehrenamtliche. Wir haben acht Berufsfeuerwehren in ganz Bayern, nicht mehr. Deswegen mein ganz großes Kompliment an dieser Stelle. Die Krisenbewältigung insbesondere auch durch die Feuerwehren war in dieser Woche vorbildlich und im wahrsten Sinne des Wortes lebenserhaltend. Danke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bayern ist auch das Land der inneren Sicherheit, und zwar in der Tat seit Jahrzehnten. Jetzt haben wir natürlich mit Joachim Herrmann den Rekordhalter der Innenminister in ganz Deutschland; aber auch vorher haben wir diesem Thema in besonderem Maße Aufmerksamkeit gewidmet.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Da muss man halt schon sagen: Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen es Mode war, dass auch Politiker von Parteien, die heute in diesem Landtag sind, bei gewalttätigen Demonstrationen gegen Castoren usw. mitmarschiert sind. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als vor 15 Jahren einer Ihrer Kollegen hier an diesem Rednerpult voller Stolz verkündet und berichtet hat, dass er sich an ein Gleis hat festketten lassen. Das ist eine andere Betrachtungsweise, das ist ein anderes Verständnis von innerer Sicherheit. An dieser Stelle sage ich aber auch, dass ich mich freue, dass wir uns beim Thema der inneren Sicherheit – das sage ich jetzt auch in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – in der Unterstützung unserer Polizei sehr einig sind. Das haben Polizei und Justiz verdient. Sie sind Grundpfeiler der inneren Sicherheit in Bayern. Sicher zu leben, ist ein wichtiger Standortfaktor für die Menschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Einer der wichtigsten Player sind unsere Kommunen. Deswegen haben wir im kommunalen Finanzausgleich einen Rekordwert mit 11,4 Milliarden Euro. Aber das reicht nicht. Wir geben jeden dritten Euro unmittelbar oder mittelbar für die Kommunen aus. Das tun wir zum einen, weil wir für die Kommunalfinanzen Treuhänder sind. Wir nehmen das Geld ein und sind über den kommunalen Finanzausgleich verpflichtet, etwas abzugeben. So viel, wie wir abgeben, gibt kein anderes Bundesland ab. Wir haben damit recht, weil die Kommunen unsere Beschlüsse umsetzen müssen. Sie machen das in bewundernswerter und herausragender Art und Weise. Ich danke allen vor Ort: allen Landräten, allen Bürgermeistern, allen Stadt- und Gemeinderäten sowie auch den Beschäftigten in den Verwaltungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir kümmern uns auch um die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist und war immer schon ein ganz wesentlicher Teil der bayerischen DNA. Aber gerade in der jetzigen Zeit muss man das mehr und mehr betonen, weil das Wort "Landwirtschaft" in Berlin eher zum Schimpfwort verkommen ist und die Landwirtschaft gerade noch geduldet ist, wenn sie sich ökologisch nennt, damit sie vor den Lobbyisten, die in Berlin in den Ministerien sitzen, bestehen kann. Das ist nicht die Form von Landwirtschaft, die wir meinen. Wir unterscheiden nicht zwischen der biologischen Landwirtschaft und der konventionellen Landwirtschaft, sondern wir sagen: Wir wollen die Wertschöpfung vor Ort. Das heißt, wir sind für die regionale Wertschöpfung, für die regionale Nahrungsmittelerzeugung. Wir wissen es zu schätzen, was die Landwirte für die Umwelt, für die Landschaft und auch für einen wichtigen Zweig unserer Wirtschaft, den Tourismus, tun.

Ich glaube, ohne Landwirtschaft wäre Bayern für Touristen viel weniger attraktiv. Viele Landwirte sind auch Touristiker, weil sie selber mit ihren Betrieben touristische Dienstleistungen erbringen. Ihnen meinen herzlichen Dank. Wir stehen auf der Seite der Landwirtschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayern ist heimatverbunden, aber auch weltoffen. Das unterscheidet uns von dem, was wir gerade eben gehört haben. Natürlich ist Bayern auch Teil eines globalen Marktes. Bayern ist ein Exportland. In Bayern werden gute Produkte hergestellt, die weltweit nachgefragt werden. Es zahlt sich aus, dass wir seit Jahren gute Repräsentanzen im Ausland haben, die die bayerische Wirtschaft begleiten, die aber auch die Wirtschaft der anderen Länder an Bayern heranführen. Hierbei ist Bayern anderen Bundesländern ebenfalls weit voraus. Deswegen ist Bayern so erfolgreich.

Weil der Kollege von Brunn immer mit dem Wort "Sozialstaat" hausieren geht und immer ein wenig schwurbelt, als ob der Begriff "Sozialstaat" der Oberbegriff sei, dem

sich alles unterzuordnen habe, entgegne ich: Nein, wir haben vielmehr eine Marktwirtschaft, ein liberales System. Neben diesem haben wir natürlich auch den Sozialstaat, der sich um die kümmert, die es brauchen, die bedürftig sind.

Lieber Kollege von Brunn, Sozialpolitik bedeutet nicht Gleichmacherei. Sozialpolitik bedeutet, dass man sehr sensibel und sehr genau hinsieht, ob es Menschen gibt, die unsere Hilfe brauchen. Ihnen müssen wir beispringen. Es geht nicht um eine Umverteilung. Die Verteilungsgerechtigkeit der SPD ist nicht die der FREIEN WÄHLER. Es geht darum, dass wir Bedürftigen helfen. Deswegen sage ich Ihnen, wenn Sie immer mit dem Bild der Schere zwischen Arm und Reich kommen: Ich freue mich über jeden, der gut verdient und viele Steuern zahlt, damit das untere Glied in Ihrem Bild der Schere möglichst weit oben ist. Ich möchte, dass es allen Menschen möglichst gut geht. Wenn es einer Reihe von Menschen deutlich besser geht, dann freut mich das. Es kann aber doch nicht der Weg sein, dass man sagt: Na ja, am Ende geht es allen schlecht, aber niemandem besonders schlecht. Denn dann hat man zwar alles eingeebnet; aber insgesamt geht es dem Durchschnitt dann schlechter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir machen Sozialpolitik für Bedürftige und stellen diesen Haushalt für alle Menschen auf. Ich danke Albert Füracker, Josef Zellmeier und den Ausschussskollegen. Dieser Haushalt ist ein Volltreffer und hat unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Kein Wort vom Haushalt!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pohl, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Florian von Brunn, vor.

Florian von Brunn (SPD): Herr Pohl, ich möchte an dieser Stelle die Unterschiede zwischen der SPD und Ihren irrigen Ansichten verdeutlichen. Sie vertreten das folgen-

de steuerpolitische Konzept: Wenn man die Gaule ordentlich füttert, bleibt auf der Straße auch etwas für die Spatzen übrig. Sie haben das offensichtlich bei Ronald Reagan gelernt, der damit die Staatsverschuldung in Amerika durch Steuersenkungen für Reiche um 250 % auf 2,6 Billionen Dollar hochgetrieben und die Weltwirtschaft mit in den Ruin gerissen hat.

Wir von der SPD haben eine andere Auffassung: Die Reichen, die Begüterten, sind in den letzten Jahren genug entlastet worden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. In einer Zeit, in der der Staat die Infrastruktur erhalten muss, in der er in die Verteidigung und in den Klimaschutz investieren muss, müssen starke Schultern mehr tragen. Auf diesen Ansatz sind wir stolz. Dieser Ansatz ist der Unterschied zwischen der SPD und Ihnen von den FREIEN WÄHLERN, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es gibt wohl keine Rede ohne eine Zwischenbemerkung von Florian von Brunn. Lernen Sie doch lieber von Gerhard Schröder. Dieser hat immerhin erkannt, dass Steuersenkungen am Ende zu mehr Steuereinnahmen führen und nicht zu weniger Steuereinnahmen. Wenn niemand mehr Gewinne macht, dann zahlt niemand höhere Steuern.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wenn Sie sagen, ich hätte bei Ronald Reagan gelernt, entgegne ich Ihnen: Lieber bei Reagan als bei Leonid Breschnew und Mao Zedong lernen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Pohl, vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich spreche jetzt mal über Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Endlich bekommt Bayern einen Haushalt für das laufende Jahr, und zwar im Juni, als letztes Bundesland. Ein so großes Land wie Bayern, verunsichert unsere Behörden und Institutionen ein halbes Jahr lang mit einer vorläufigen Haushaltsführung. Das ist nicht gut für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenigstens haben wir GRÜNE zumindest im Bildungsbereich bei Jugendsozialarbeit an Schulen einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt und erreicht. Bayerns Ministerpräsident – der Haushalt interessiert ihn nicht – beschäftigt sich seit Jahren mit Themen wie Gendern verbieten, Windkraft verhindern, Trassen verhindern, andere Bundesländer bashen, gegen GRÜNE hetzen, Ministerinnen beleidigen, Würstel grillen und Essen posten. Das alles macht er, statt die wirklich wichtigen Themen in unserem Land anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Den Preis zahlen jetzt die Menschen, deren Existenzen schon wieder weggeschwemmt wurden sowie auch die Einsatzkräfte und die Familien, die Angehörige verloren haben. Sie können die Probleme nicht länger wegreden. Dass diese Regierungsparteien, die CSU und die FREIEN WÄHLER, Umweltschutz und Klimaanpassung zu aufwendig finden, ist der Natur völlig egal. Das ist am letzten Wochenende wieder tragisch offenbar geworden. Sogar der Umweltminister spricht jetzt von Schäden von bis zu 9 Milliarden Euro entlang der Donau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünf Jahrhunderthochwasser in den letzten zwanzig Jahren! Das hätte sich schon längst in Haushaltsmitteln widerspiegeln müssen. Es ist gut, dass Sie unserer Forderung vom Montag nach Soforthilfen in Höhe von 100 Millionen Euro für Bayern nachkommen und sie umsetzen wollen. Aber, meine Damen und Herren, das kann es nicht

gewesen sein! Sie hangeln sich von Katastrophe zu Katastrophe. So darf es nicht weitergehen.

Drei Wochen lang haben wir im Haushaltsausschuss Hunderte von Änderungsanträgen beraten; trotzdem reden die Regierungsfractionen in dieser Woche gebetsmühlenartig nur über den Bund, um abzulenken!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das stimmt doch gar nicht! Frau Kollegin, Sie haben nicht zugehört!)

Haben Sie über Bayern nichts zu sagen? Ich dagegen habe durchaus etwas über Bayern zu sagen. Die GRÜNEN und die SPD haben mit ihren Anträgen in den Debatten sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum konstruktive Vorschläge eingebracht, um Bayern vorwärts zu bringen. Danke ans Ausschussbüro, an die Ressorts, an den Herrn Vorsitzenden Zellmeier für alle Vorbereitungen: drei Wochen Beratungen, knapp 150 Milliarden Euro, viele neue Kollegen im Ausschuss, respektvolle Debatten – dafür schon danke.

Aber trotzdem bleibt es wieder bei einem Weiter-so. Das kann einfach nicht mehr genügen. Das reicht einfach nicht mehr. Das sehen wir doch alle.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Nein!)

– Sie sagen Nein. Sie sehen das nicht so.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Weil es nicht so ist, Frau Kollegin, weil es nicht so ist!)

– Ich sehe es so.

Wie gehen die Regierungsfractionen an die großen Themen heran? – Ich habe es mir noch einmal angeschaut: 350 Kleinstanträge für Projekte im eigenen Stimmkreis mit Kosten von insgesamt 100 Millionen Euro.

Aber mehr als diese 100 Millionen Euro regt mich auf, was diese Anträge aussagen. Sie sagen nämlich aus, dass Sie für ganz Bayern überhaupt keine Strategie haben, obwohl Sie ja eigentlich wissen, dass die Themen schon notwendig wären. Ein bisschen Schwammstadt da, ein bisschen Hitzeaktionsplan hier, Geld für eine bestimmte Kita, für einen bestimmten Spielplatz, für eine BMX-Bahn, einen Fußballplatz vor Ort und ein Theater – das zeigt eigentlich, dass Sie ganz genau wissen, dass es die Kommunen ohne Unterstützung nicht mehr schaffen, und zwar in ganz Bayern, nicht nur in Ihrem Stimmkreis.

Die Bürgermeister reden mit Ihnen ganz genau so wie mit uns – da bin ich mir ganz sicher. Die sagen Ihnen, wo es brennt, was es eigentlich braucht und dass das Geld hinten und vorne nicht mehr reicht: nicht für die staatlichen Aufgaben an den Landratsämtern, nicht für die Energiewende und nicht für den Katastrophenschutz.

Als Regierungsfractionen haben Sie eigentlich die Verantwortung, bayernweit zu handeln, weil alles andere Arbeitsverweigerung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch wenn Sie es weiterhin nicht gern hören wollen: Klimaschutz ist Katastrophenschutz. Aber Sie lehnen aus Prinzip einfach alle Anträge der Opposition ab – in dieser Lage, in dieser Woche!

Grüne Erfolge: Endlich geht es nach unseren etlichen Anträgen der letzten Jahre in Bayern mit dem Sirenenausbau los und weiter. Noch ein Erfolg: Endlich rückt diese Staatsregierung was von den Ausgaberesten bei der Feuerschutzsteuer raus. In den letzten Jahren haben sich da über 100 Millionen Euro angehäuft; die Mittel sollen jetzt, wie von uns seit Jahren gefordert, für Feuerwehrhäuser verwendet werden. Es geht aber nicht nur um Neubauten, es muss auch um die Sanierung von Feuerwehrhäusern gehen, unsere weitergehende Forderung.

Investieren Sie in Bildung und in die Jugend; denn das sichert Gerechtigkeit und am Ende auch den sozialen Frieden. On top sind das unsere Fachkräfte von morgen. – Aber auch hier haben Sie nicht nur keinen großen Plan für eine gesamtheitliche Bildung, sondern Sie geizen ausgerechnet bei den Schulfahrten. Man muss sich das mal vorstellen: Schulfahrten finden teilweise nicht statt, weil keiner den Anteil der Lehrkräfte zahlen will.

Aber auch bei der Bildung gibt es grüne Erfolge: Endlich eine bessere Bezahlung für Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Förderschulen, damit mehr junge Leute den Beruf ergreifen und wir nicht noch mehr Lehrkräfte verlieren. Dafür haben wir von der demokratischen Opposition lange gekämpft.

Noch ein Erfolg von uns: Unser Vorschlag, die Musikschulen beim Ganztage einzubeziehen, wurde von den FREIEN WÄHLERN aufgegriffen. Danke hier auch an den Herrn Pohl, auch wenn Sie mich heute echt genervt haben, weil Sie nur geschaut haben, dass Ihre Redezeit vorbeigeht.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD – Florian von Brunn (SPD):
Wir auch! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie hätten zuhören sollen!)

Danke, dass Sie die Größe hatten, in den Beratungen zu erwähnen, dass dieser Vorschlag, die Musikschulen in den Ganztage einzubeziehen, von uns gekommen ist. Zusammenarbeit in der Sache muss unter den Demokraten

(Anna Rasehorn (SPD): Und Demokratinnen!)

auch bei den anderen Herausforderungen das Gebot der Stunde sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wohnen und Verkehr sind soziale Themen – Verkehr besonders im ländlichen Raum, Wohnen in der Stadt. Sie, sehr geehrte Staatsregierung, sind verantwortlich dafür, dass alle Menschen in Bayern sicher und zuverlässig zur Arbeit kommen können. Das

ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die CSU hat hier – in Landes- und in Bundesverantwortung – den ländlichen Raum regelrecht abgehängt.

Ich war gerade vor zwei Wochen – vor diesen Katastrophen – mit dem Radl entlang der Donau unterwegs, unter anderem auch in der Oberpfalz und in Niederbayern. So viele unbeschränkte Bahnübergänge wie in diesen fünf Tagen habe ich in meinem ganzen Leben vorher nicht gesehen; meistens gingen sie über ein einziges Gleis. Man kann da auch mal eine knappe Stunde durch Ortschaften fahren, ohne eine einzige Bushaltestelle zu sehen. Und außer großen Schildern mit dem Staatswappen war auch vom Hochwasserschutz wenig zu sehen; das hat sich ja dann eine Woche später bitter gerächt.

Ein sehr trauriges Thema fand ich die Beratungen zum Ressort Wirtschaft und Energie; denn hier liegen ja eigentlich Bayerns Schlüsselthemen, um aus der Abhängigkeit von Energieimporten herauszukommen und Wertschöpfung und Arbeitsplätze ins Land zu bringen sowie gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Geld wäre eigentlich da, aber der politische Wille fehlt.

Kein Minister hat bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss – und auch gestern im Plenum – zur Sache so wenig gesagt wie der Wirtschafts- und Energieminister Aiwanger.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht war es aber auch einfach peinlich, zu erklären, warum man die Geothermie von 7,5 Millionen Euro für ganz Bayern und ein ganzes Jahr jetzt auch noch auf 5 Millionen Euro runtergekürzt hat und die Bürgschaften wieder nicht kommen; bei diesem Riesenpotenzial!

Vielleicht war es aber auch einfach peinlich, zu erklären, warum man kein Geld für Wärmenetze gibt und warum bei der Windkraft zu wenig passiert. Vielleicht war es auch peinlich, über die schlechte finanzielle Ausstattung in der beruflichen Bildung zu

sprechen, für unser Handwerk. Vielleicht war es peinlich, zu sagen, dass man das 10.000-Häuser-Programm auslaufen lässt.

Wollen Sie die Energiewende und die Gewinne daraus nur den Investoren und den reichen Kommunen überlassen, oder wollen Sie endlich in die Fläche kommen? – Noch was dazu: Überprüfen Sie die unzähligen Förderprogramme endlich auf ihre Wirkung auf den Klimaschutz und auf ihre Umsetzbarkeit; denn viel zu viele Programme werden überhaupt nicht abgerufen, weil sie zu kompliziert sind, die Fristen zu kurz sind oder weil der Eigenanteil unfair ist.

Ökologischer Hochwasserschutz? – Auch hier Fehlanzeige. Der Wassercent? – Das ist mittlerweile ein reiner PR-Gag dieser Regierung geworden; immer wieder angekündigt, nie umgesetzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein reiches Land. Wir haben auch nach dem Länderfinanzausgleich mehr als andere Länder. Die Frage ist halt, was Bayern damit macht. Trotzdem wird dann noch bei der Schuldentilgung getrickst: Es ist einfach eine Verschiebung der Schuldentilgung von den Schulden der BayernLB, die übrigens immer noch in Milliardenhöhe da sind, zum Corona-Fonds, und auch da dann nur die gesetzlich vorgeschriebene Tilgung von 50 Millionen Euro pro Jahr.

Wenn es darum geht, die Schulden zu tilgen, was die Schuldenbremse ja auch vorsieht, dann zögern Sie das so weit hinaus, wie es überhaupt nur geht. Damit sind Sie unglaublich, wenn Sie immer vom Festhalten an der Schuldenbremse sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn es ganz eng wird, dann zeigt die Staatsregierung immer stolz auf die Triple-A-Bewertung ihrer Haushaltspolitik. Doch Ihr Triple A bringt den Menschen in Bayern nichts, die eine Wohnung suchen, die eine Kinderbetreuung brauchen, die den Unterrichtsausfall spüren und auf Klimaschutz warten. Erst recht bringt es denen nichts, die

in den letzten Tagen ihr Hab und Gut verloren haben, weil das Geld für den Hochwasserschutz zu knapp kalkuliert ist und weil alles zu langsam geht.

"Damit konnte einfach keiner rechnen!" – das stimmt nicht und ist total zynisch. Ihre vielen Versprechen – Hochwasserschutzmaßnahmen fertig bis 2020; Barrierefreiheit bis 2030; 10.000 Wohnungen bis 2025, nachdem man 32.000 verkauft hatte; Klimaneutralität bis 2040 – diese Versprechen nützen keinem etwas.

Ehrlichkeit ist wichtiger denn je, wenn wir nicht noch mehr Leute haben wollen, die Demagogen und Verschwörern nachlaufen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie keine Versprechen im Wochentakt ab, die Sie dann überhaupt nicht halten können oder schon von Anfang an gar nicht halten wollen.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Wenn die GRÜNEN so was sagen!)

Wie soll es weitergehen? – Die neueste Steuerschätzung hat zumindest gezeigt, dass es so nicht weitergehen kann. Die Rücklage ist weitgehend aufgebraucht, weil Sie nie den Mut hatten, irgendwo konsequent zu sparen und das den Leuten auch zu erklären. Es funktioniert nicht mehr, jedem alles zu versprechen. Sie können auch mit globalen Minderausgaben nicht ewig weiterarbeiten. Deswegen: Zeigen Sie Mut! Setzen Sie Prioritäten, am besten da, wo es brennt: Investitionen in Bildung, Energie, Klima und Wohnen. Damit würden Sie übrigens gleichzeitig etwas für die Konjunktur in Bayern tun. Arbeiten Sie mit demokratischen Fraktionen ernsthaft zusammen, um die vielfältigen Herausforderungen Bayerns zu lösen, und zwar zeitnah.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Huber für die AfD-Fraktion vor.

Martin Huber (AfD): Liebe Kollegin, mir ist ja klar, dass Sie sich mit Ihrer Rede profilieren wollen und dass Sie alles schön hinstellen. Ich muss jetzt wieder für die CSU

reden, was ich eigentlich gar nicht will. Es ist aber in keiner Weise so, dass Bürger oder Kommunen verunsichert wären, weil wir noch keinen Haushalt verabschiedet haben. Ich bin auch noch Kommunalpolitiker und weiß, das ist in keiner Weise so. Das ist einfach nur dahergeredet. Ich muss sagen, das stimmt nicht.

Liebe Kollegin, dass die Kommunen Angst haben und teilweise verunsichert sind, das stimmt, weil sie teilweise die Unterhaltskosten nicht mehr zahlen können. Das muss man auch einmal sagen. Sie sind für den Wassercent, wodurch die Bürger noch stärker belastet würden. Sie reden alles nur schön, aber Sie wollen die Bürger noch stärker belasten. Das finde ich wirklich, wirklich schlimm!

In Ihrer Rede war nur heiße Luft, aber es ist nichts dahinter. Es tut mir leid, wenn ich das sagen muss. Es gibt Verunsicherung durch die GRÜNEN. Die GRÜNEN sind im Bundestag und auch im Landtag die Schlimmen. Mit dem Ökosystem, das Sie selber wollen, werden die Leute arbeitslos und können die Unterhaltskosten nicht mehr zahlen und haben Angst. Das ist die Verunsicherung und nicht der Haushalt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. – Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Zunächst einmal haben Sie anscheinend noch nicht bemerkt, dass Sie im Landtag ein Mandat haben und nicht im Bundestag. Ich muss Ihnen anschließend sagen, dass sämtliche Stellenaufwüchse und neue Mittel erst mit dem Beschluss von heute freigegeben werden. Das hat alle Behörden, alle Institutionen und diejenigen, die davon abhängig sind und dringend auf Mittelaufwüchse warten, verunsichert. Sie müssen einfach mit den Behörden und Institutionen sprechen oder die Zeitung lesen, anstatt hier schlaue daherzureden, obwohl man sich die Anträge und die Unterlagen gar nicht angeschaut hat. In den Zeitungen war es oft genug zu lesen, dass das eine große Schwierigkeit ist. Im Übrigen zeigen das auch die Ansätze im Haushaltsplan, die nämlich für das Jahr 2024 teilweise um die Hälfte reduziert sind, da es nur noch um ein halbes Jahr geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach zahllosen Stunden der Haushaltsberatungen im Ausschuss und diese Woche im Plenum, nach verbalen Lobarien von Finanzminister, Ministern, Vertretern der Regierungsfaktionen und einem Verschleiß zahlreicher Marketingetiketten wie Premium, wuchtig, höchster, bester, schönster ist es eigentlich Zeit für eine ehrliche, realistische und sachgerechte Einordnung des vorgelegten Haushaltsentwurfs.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was war für mich "der Moment" dieser Haushaltsberatungen? – Dieser Moment war gestern. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür und hoffe, dass ich dieser Kollegin nicht zu sehr schade. Es war der Wortbeitrag der Landtagskollegin Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN zum Einzelplan 08. Ihr Redebeitrag war wohltuend differenziert. Er hat zwischen den erreichten Erfolgen und dem, was vielleicht nicht gelungen ist in diesem Haushalt, und dem, was noch ausstehend ist, differenziert. Das hätte ich mir von vielen Vertretern der Regierungsfaktionen gewünscht. Das hätte den Haushaltsberatungen gutgetan. Mehr Ehrlichkeit, mehr Realismus und mehr Sachgerechtigkeit. Diesen Mut der Kollegin Müller hätte ich mir für das ganze Haus gewünscht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So bleibt es leider der Opposition vorbehalten, einige Wahrheiten über diesen Doppelhaushalt auszusprechen und auch die Punkte, bei denen der Haushalt tatsächlich einzigartig ist, allerdings nicht im positiven Sinn. Es ist der am spätesten vorgelegte Haushalt in der jüngeren bayerischen Finanzgeschichte. Und es ist kein Irgendwas, sondern wir haben einen Rumpfhaushalt, einen Halbjahreshaushalt. Wir haben überhaupt keinen Doppelhaushalt, sondern das Haushaltsjahr 2024 besteht noch maximal

aus einem halben Jahr. Alle notwendigen Verbesserungen wie zum Beispiel Zuschüsse oder zusätzliche Maßnahmen werden aufgeschoben, und zwar nicht nur bis zum Haushaltsbeschluss heute, sondern bis dieser Entwurf im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates steht. Das ist ein Schaden für den Freistaat Bayern. Das hätte man vermeiden können. Wir bitten darum und fordern Sie auf: Es muss das letzte Mal gewesen sein, dass dieser Haushalt entgegen der Bayerischen Haushaltsordnung vorgelegt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man den Haushalt schon so spät vorlegt und die Haushaltsberatungen derart lange dauern, dann hätte ich schon erwartet, dass sich die Maßnahmen zur Hochwasserhilfe in diesem Entwurf widerspiegeln. Das wäre möglich gewesen, und es wäre auch notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

So ist jetzt die Situation entstanden, dass vonseiten der Regierungsfractionen ein sogenannter Leertitel gefordert wird, also ein Titel, der finanziell nicht hinterlegt wird. Ich verstehe die Haushaltstechnik, aber ein Leertitel für diese Situation, in der die Menschen erwarten, dass der Freistaat Millionen- oder sogar Milliarden Schäden beseitigt und die Menschen unterstützt, ist das falsche Signal. Der Leertitel ist das falsche Signal. Es wäre das richtige Signal gewesen, dem gut vorbereiteten SPD-Antrag mit 200 Millionen Euro für dieses Haushaltsjahr und 300 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen zuzustimmen. Das wäre das richtige Signal an die betroffene Bevölkerung, an Unternehmen, Städte, Märkte und Gemeinden gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Leider hat die Verspätung auch dazu beigetragen, dass der Haushalt durch die Mai-Steuerschätzung überholt worden ist. Der Umgang mit dieser Mai-Steuerschätzung ist tatsächlich bemerkenswert. Welche Steuereinnahmen gelten denn nun? Was steht

denn im Haushalt drin? – Es stehen nicht die aktuellen, geschätzten Steuereinnahmen drin, sondern wir hätten sie reduzieren müssen, wir hätten den Etat anpassen müssen. Der Finanzminister sieht trotz veränderter Steuerschätzung keinen Grund, seinen Entwurf zu korrigieren. Das ist schon ein bemerkenswertes Stück der Finanzpolitik in diesem Freistaat Bayern.

Abschließend möchte ich auf die grundsätzlichen kritischen Feststellungen eingehen. Diese sind vielleicht viel entscheidender als das bisher Gesagte. Es handelt sich um einen Haushalt ohne Aufwuchs. Unterm Strich ist dies ein Staatshaushalt, der ohne zusätzliche Mittel beschlossen wird. Aufwuchs mag es in einzelnen Bereichen geben, aber insgesamt bleibt vom nominellen Aufwuchs, von den nominellen Steigerungen in den einzelnen Etats, die Sie abfeiern, nichts übrig. Berücksichtigt man die haushaltsgesetzlichen Sperrungen oder die globalen Minderausgaben, dann bleiben vom Aufwuchs für das Jahr 2024 nur noch 35 % übrig. Wenn man dann noch die Inflation einrechnet, dann gibt es gar keinen Aufwuchs, sondern an vielen Stellen einen Rückschritt. Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Stagnation, nicht des Aufwuchses oder des Fortschritts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist auch bemerkenswert, dass die Rücklage dramatisch auf 1 Milliarde Euro für Ende 2025 sinkt. Die Haushaltskonzeptionen für die Folgejahre bleiben im Nebulösen. Auch dazu wäre bei dieser Haushaltsberatung Gelegenheit gewesen. Die Staatsregierung und die Regierungsfractionen schweigen dazu.

Es handelt sich um einen Ankündigungshaushalt, der die Versprechen nicht halten kann. Ich nehme einmal die Investitionsquote, die bei diesem Haushalt so hochgehoben wird. Das sind 15 %; dies klingt erst einmal gut. Wir haben aber in den vergangenen Haushaltsjahren festgestellt, dass diese angekündigte Investitionsquote so gut wie nie erreicht wurde, sondern immer deutlich unterschritten wurde, zuletzt im Jahr 2022 um 3 Prozentpunkte. Das ist sehr viel Geld. Sehr viele Investitionen wurden nicht getätigt und wurden am Jahresende nicht in der Investitionsquote abgebildet.

Sie haben NRW mit 11 % genannt und gesagt, dass Bayern viel besser dastehen würde. Nennen Sie einmal Ihre Zahlen der letzten Jahre. Im Jahr 2018 waren das 11,1 %, im Jahr 2019 11,8 % und im Jahr 2021 11,5 %. Da waren die Zahlen beim Orientierungswert von NRW. Von Spitzenzahlen bei der Investitionsquote kann überhaupt nicht die Rede sein. Ich wette einen guten Satz fränkischen Bocksbeutel, Herr Finanzminister, dass Sie dieses Ergebnis auch 2024 nicht erreichen, sondern wie in den Vorjahren deutlich darunterbleiben werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann kommt es zu massiven Ausgaberesten an den Jahresenden, wie wir auch immer wieder feststellen. Ich will Sie damit nicht langweilen. Es ist aber doch bemerkenswert. Der Bayerische Oberste Rechnungshof moniert es jedes Mal. Nur ein Beispiel: Ende 2022 gab es bei den großen Baumaßnahmen eine Milliarde Euro Ausgabereste. Das Geld wurde nicht ausgegeben, und dann ist es kein Wunder, dass die Investitionsquote nicht so ist, wie Sie angekündigt haben.

Vielleicht noch ein Wort zu den Fraktionsreserven, zu den Anträgen, zu den Fraktionsinitiativen. Wir finden sie problematisch, wobei wir sehr vielem zugestimmt haben. Es ist problematisch, wenn Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen werden, wenn für einzelne Maßnahmen nach diesen Fraktionsinitiativen Förderrichtlinien durch den Haushaltsgesetzgeber explizit außer Kraft gesetzt werden! Wenn nur ein einziges Projekt möglich gemacht wird, wobei viele andere Projekte bei mindestens ebenso guten Voraussetzungen zurückgewiesen werden! Wenn andere Projekte zeitlich nach hinten rücken, dann werden natürlich bestimmte Projekte nach vorne geschoben. Es gibt aber massive Nachteile bei all denen, die nicht dabei sind! Das sind Gerechtigkeitsfragen, auf die Sie eine Antwort geben müssen.

Der zweite Punkt, der tatsächlich nicht passt: Warum schreibt die Staatsregierung die wichtigen Dinge nicht in ihren Haushaltsentwurf? Es kann doch nicht sein, dass beispielsweise die technische Ausstattung bei der Polizei, der Rettungsdienst und Kata-

strophenschutz, die Jugendarbeit beim Bayerischen Jugendring, die Förderung von Sing- und Musikschulen, die Vertriebenenarbeit, die Profilbildung der Technischen Hochschulen und die Erhöhung von Denkmalschutzmitteln von Fraktionsinitiativen abhängen. Das alles müsste im Etatentwurf enthalten sein, und dazu fordern wir Sie auch auf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bemerkenswert ist auch, dass Sie sich so an der Bundespolitik abarbeiten, natürlich in zum Teil unangemessener Diktion, in Radikalverbalismus. Das ist alles Ihre Verantwortung. Ich glaube, dass es Ihnen mal irgendwann auf die Füße fallen wird. Sie vergessen die Eigenverantwortung der CSU, die bis Dezember 2021 in der Bundesregierung war, und natürlich die besondere Lage, in der sich die Bundespolitik im Hinblick auf die genannten Herausforderungen befindet.

Zur Steuerpolitik nur ein Hinweis, Herr Kollege Pohl. Die Ampel hat die kalte Progression massiv bekämpft und ein Inflationsausgleichsgesetz mit massiven Steuererleichterungen auf den Weg gebracht. Sie sollten zumindest mal ein paar Dinge auch wahrnehmen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 90 % Erbschaftsteuer!)

Wenn Sie Steuerpolitiker sind, dann verabschieden Sie sich bitte als FREIE WÄHLER von dem finanzpolitischen Harakiri und dem Vorschlag, die Erbschaftsteuer abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern würden 5 Milliarden Euro fehlen, wenn Sie sich mit Ihrem Vorschlag durchsetzen würden. Das ist steuerpolitisches, finanzpolitisches und haushaltspolitisches Harakiri. Das muss man ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Widerspruch, der jetzt auftaucht, ist schon krass, nämlich der Widerspruch zwischen den permanenten Forderungen an den Bund und der Verhinderung, dass der Bund diese Forderungen auch erfüllen kann. Kein Tag vergeht, ohne dass Bayern finanzielle Forderungen an den Bund stellt. Sie sind so umfangreich, dass im Bundeshaushalt – da braucht er dann die Zustimmung von CDU/CSU – ein Sondervermögen eingerichtet werden müsste, um die ganzen finanzpolitischen Forderungen der Staatsregierung zu erfüllen. Das ist die Wahrheit: widersprüchliche Politik. Das passt nicht zusammen. Fordern auf der einen Seite und auf der anderen Seite nicht mittun, wenn es umgesetzt werden muss.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Steuern runter, mehr Steuereinnahmen!)

Abschließend befassen Sie sich mal mit Ihren eigenen Fehlern, die Sie in der Wirtschaftspolitik und in der Energiepolitik machen. Es gibt massive Fehler im Freistaat Bayern.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das sagen die Richtigen!)

Sie haben das Chemie-Dreieck vor und nach dem Bürgerentscheid infrage gestellt. Die Staatsregierung hätte bei den Windkraftanlagen und bei den Trassen

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir schaffen den Bürgerentscheid ab, oder?)

viel mehr machen müssen. Das fällt uns jetzt auf die Füße. Das ist doch die Wahrheit in Bayern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Dann darf ich Sie daran erinnern, dass der Streit innerhalb der Bayerischen Staatsregierung über die Wirtschaftspolitik des Kollegen Aiwanger von der CSU permanent befeuert wird

(Zuruf)

und Sie auch selber zu dieser komischen Stimmung beitragen, die Sie anschließend kritisieren. Wenn der Wirtschaftsminister dieses Freistaats den Spitzenkandidaten der CSU bei der Europawahl als Totalausfall bezeichnet, weiß man, dass es hier mehr Probleme im Innenverhältnis gibt, als Sie vielleicht zugeben wollen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr beschimpft ja euren eigenen Verteidigungsminister!)

Ich würde mal vorschlagen: Bringen Sie Ihre eigenen Hausaufgaben, Ihre eigenen Konflikte mal in Ordnung. Dann können Sie sich vielleicht mal wieder irgendwann zur Bundespolitik äußern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. – Der nächste Redner ist der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man den Wortbeiträgen von Rot-Grün zuhört, müsste man meinen, wenn Bayern von Rot-Grün regiert würde, hätten wir blühende Landschaften. Tatsächlich ist es anders.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ampel-Chaos in Berlin, aber uns Vorwürfe machen: Das ist doch lächerlich. Sie kennen die Zahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was wäre denn, wenn wir seit der vorliegenden Steuerschätzung durch die Bundesregierung vom Mai 2024 den Anträgen der Opposition zugestimmt hätten? Was würden wir machen angesichts der Tatsache, dass jetzt 1,1 Milliarden Euro im Doppelhaushalt fehlen würden, wenn wir Ihre Anträge mitgetragen hätten? In welcher Situation wären wir wohl in Bayern, wenn wir beispielsweise die Anträge der GRÜNEN und der SPD

auf Entnahme von mehreren Hundert Millionen Euro aus der Haushaltsrücklage zur Finanzierung Ihrer Änderungsanträge mitgetragen hätten? Was würden wir machen, welche Situation hätten wir in Bayern, wenn wir die Anträge der AfD auf Auflösung der Konjunkturvorsorge zur Finanzierung ihrer Anträge mitgetragen hätten? Was würden wir machen, wenn wir all diese Instrumente einer stabilen Haushaltspolitik, die die CSU seit Jahrzehnten auszeichnet und praktiziert, einfach aufgegeben hätten? – Die Antwort ist ganz eindeutig: Dann könnten wir jetzt nicht diese derart hohen Schwankungen, die das Ampel-Chaos in Berlin auslöst, bei den prognostizierten Steuereinnahmen ausgleichen. Wir müssten jetzt einzelne Positionen kürzen, ob es jetzt das FAG oder viele andere Titel sind.

Herr Halbleib, Sie haben gesagt, es ist doch nicht entscheidend, wie man jetzt diese 100 Millionen Euro Soforthilfe betitelt. Wichtig ist, dass die Hilfe ausbezahlt wird. Wir haben bereits gestern an alle Landratsämter eine Million Euro überwiesen. Das Geld fließt, und da ist es nicht entscheidend, wie das hier im Haushalt betitelt wird, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann nur sagen: Durch unsere verlässliche und nachhaltige Haushaltspolitik halten wir unsere Zusagen selbstverständlich ein und legen beim FAG im Vergleich zum Vorjahr sogar noch etwas drauf.

Unsere bayerischen Kommunen erhalten vom Freistaat insgesamt 11,4 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. Das bedeutet immerhin noch ein Plus von 1,9 %. Die Schlüsselzuweisungen steigen sogar noch um 4,1 % auf 4,44 Milliarden Euro.

Im Vergleich zum Bund sorgt Bayern für Stabilität und für Planungssicherheit. Wir streiten in der Bayernkoalition nicht monatelang, bis wir zu einem Ergebnis kommen, und wir müssen nicht kurz vor knapp Zuwendungen an die Kommunen oder an Land-

wirte streichen, wie es zum Jahreswechsel geschehen ist. Auf uns können sich die Menschen im Freistaat verlassen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegin Köhler, Sie verkennen die Zahlen. Es ist ja schon von Sepp Zellmeier vorgetragen worden. Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich aller Flächenländer. Dadurch bedingt haben wir die niedrigste Zinsausgabenquote aller Flächenländer. Wir haben auch die höchste Investitionsquote, ob es am Ende 14 oder 15 % sind. 15 % haben wir uns vorgenommen, und wir arbeiten daran, dass wir das auch umsetzen.

Diese Tatsache führt wiederum dazu, dass wir im kommunalen Finanzausgleich für den kommunalen Hochbau einen neuen Mittelhöchststand erreicht haben, immerhin eine Anhebung um 1,07 Milliarden Euro. Damit schieben wir in unseren Kindergärten und Schulen wichtige Investitionen an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für den Freistaat Bayern sind leistungsstarke und finanziell solide ausgestattete Kommunen von elementarer Bedeutung. Deshalb legt der Staatshaushalt immer auch einen Schwerpunkt auf seine Gemeinden, seine Städte und Landkreise. Von den circa 73 Milliarden Euro Haushaltsvolumen fließen immerhin 20 Milliarden Euro über das FAG und andere Leistungen, wie zum Beispiel die Breitbandförderung, an unsere Kommunen. Wir setzen vorhandene Mittel effizient ein und setzen richtige Prioritäten. Dabei war es uns auch wichtig, den Landratsämtern aufgrund ihrer zusätzlichen Aufgaben 532 neue Stellen bis zum Jahr 2028 zuzuteilen. 71 dieser Stellen gibt es bereits in diesem Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Beträge, die mit den Anträgen aus der Ecke des Rechtspopulismus gefordert wurden, nämlich 1 Milliarde Euro mehr für unsere Krankenhäuser, 1 Milliarde Euro mehr für unsere Kommunen, 1 Milliarde Euro für die Schuldentilgung, und der gleichzeitig fehlenden 1 Milliarde Euro aufgrund der schlechten Ampel-Politik kann ich nur sagen: Wir sind hier nicht bei "Wünsch Dir

Was". Ein Grundschulkind kann Ihnen zeigen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Wir müssen stabile Haushaltspolitik machen. Diese betreibt die CSU seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich wollte ich heute nicht mehr über die Krankenhausfinanzierung sprechen. Aber in den letzten Tagen kamen dazu mehrere Wortbeiträge vonseiten der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Ich bin jetzt seit sechs Monaten hier in diesem Hohen Haus. In diesen sechs Monaten habe ich mehr über die Zuständigkeiten des Bundes und der Länder gelernt, als manche von Ihnen wissen, die schon jahrelang diesem Haus angehören. Es ist doch ganz einfach: Die Länder sind für die Investitionskosten zuständig, und der Bund ist für die Betriebskosten zuständig. Wir erhöhen unsere Bauinvestitionen für die Krankenhäuser immerhin um 25 % auf 800 Millionen Euro. Wir erledigen unsere Hausaufgaben. Was tut unser Bundesgesundheitsminister für die Finanzierung der Defizite bei den Betriebskosten? – Er tut nichts. Er wartet ab, bis zahlreiche Kliniken, vor allem im ländlichen Raum, in den kalten Strukturwandel geschickt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir benötigen dringend eine geordnete und ausgewogene Krankenhausreform, die kurzfristig greift und unsere Häuser im ländlichen Raum bedarfsgerecht erhält.

(Florian von Brunn (SPD): Wir haben den Mut, das Thema anzupacken!)

Um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen, bedarf es mehrerer Reformen. Das ist schon angesprochen worden, und zwar zu Recht. Es bedarf der Steuer- und Sozialreformen. Die Steuerprogression muss abgemildert werden. Dazu gibt es einen konkreten Vorschlag. Das Lohnabstandsgebot muss wiederhergestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bürgergeld muss reformiert werden. Dabei sollte der Name gleich abgeschafft werden. Die Asylbewerberleistungen müssen ebenfalls reduziert werden; denn unsere Kommunen ächzen insbesondere unter den hohen So-

zialausgaben. Meine Damen und Herren, das hat seine Ursache ausschließlich in der Bundesgesetzgebung.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt, die Ausgaben zu senken und Anreize für mehr Leistung zu setzen. Dann werden die Steuern wieder steigen, genau wie es Herr Kollege Pohl formuliert hat. Leistungsfähige Kommunen brauchen langfristig eine solide finanzielle Basis. Davon bin ich als ehemaliger Bürgermeister überzeugt. Deshalb steht der Freistaat Bayern weiterhin an der Seite seiner Kommunen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Andreas Jurca von der AfD-Fraktion vor.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege Grossmann, Sie haben uns hier unterstellt, wir hätten für unsere Forderungen keine solide Gegenfinanzierung vorgelegt. Das können Sie höchstens den GRÜNEN oder der SPD vorwerfen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir die einzige Oppositionspartei sind, die den Anspruch hat, immer eine Gegenfinanzierung für ihre Entwürfe zu präsentieren. Ihre Behauptung, wir wären bei "Wünsch Dir Was", stimmt nicht; das weise ich zurück.

Sie sind eben der Meinung, dass bestimmte Posten nicht gestrichen werden könnten, beispielsweise die Englischkurse für die Jesiden im Irak. Wir sind aber der Meinung, dass da durchaus gestrichen werden könnte. Herr Kollege Grossmann, noch einmal zur Erinnerung: Wir haben eine solide Gegenfinanzierung. Ihre Unterstellung ist einfach falsch.

(Beifall bei der AfD)

Patrick Grossmann (CSU): Die Gegenfinanzierung geht aber nicht auf, wenn jetzt Haushaltsrücklagen aus der Konjunkturvorsorge benötigt werden, weil die Steuerein-

nahmen des Bundes fehlen. Natürlich wäre es mir auch lieber, wenn wir weniger Ausgaben für die Migration hätten; aber das lässt sich nicht von heute auf morgen ändern. Wir arbeiten aber daran.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grossmann. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Winhart für die AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass so viele zur Mittagsstunde hierhergekommen sind und sich von der AfD anhören wollen, wie man in Bayern eine solide und gute Haushaltspolitik macht. Meine Damen und Herren, Sie können auch gleich zum Thema Hochwasser etwas lernen. Alle Fraktionen haben Anträge eingereicht, um den Betroffenen zu helfen. Auch wir haben das getan. Wir wollen aber keinen Wettlauf, wer noch mehr Millionen fordert. Die Staatsregierung hat 100 Millionen Euro angekündigt; wir haben etwas draufgelegt und fordern 300 Millionen Euro. Auch die SPD hat eine Forderung eingebracht.

Es geht aber hier, wie gesagt, nicht um einen Wettlauf, wer mehr hergibt. Wir haben ordentlich gerechnet. Deshalb würde sich, wenn den AfD-Anträgen gefolgt würde, ein größeres Budget für die Hilfe für Menschen in solchen Sonderlagen ergeben. Meine Damen und Herren, daran erkennen Sie, dass wir eine ordentliche Haushaltspolitik betreiben. Wir haben nicht mit heißer Nadel gestrickt, sondern hingeschaut, wo gespart, wo Investitionen getätigt und wo Gutes getan werden kann. Hätten Sie auf uns gehört, hätten Sie mehr Geld für die Flutopfer übrig.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, diese Not sollte uns 300 Millionen Euro wert sein. – Unser Dank gilt in dieser Stunde der Blaulichtfamilie, die in Schwaben und in Manching sowie im ganzen Donauebiet, von Regensburg bis Passau, immer noch im Einsatz

ist. Das gilt natürlich auch für das bayerische Inntal, zum Beispiel in der Nähe von Rosenheim. In diesem Land gibt es eine große Welle der Solidarität. Daran sind nicht nur viele Ehrenamtliche und die Blaulichtfamilie beteiligt, sondern zum Beispiel auch Baumärkte, die Rabatte gewähren. Meine Damen und Herren, es freut mich sehr, dass diese große Welle der Solidarität losgebrochen ist.

Ehrlicherweise müssen wir aber auch sagen: Wir wissen nicht, wie groß die Schäden am Ende sein werden und ob für deren Beseitigung 300 Millionen Euro oder 100 Millionen Euro reichen werden. Vielleicht sind diese Summen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Meine Damen und Herren, in einem Punkt unterscheiden wir uns jedoch von Ihnen: Unsere Hilfe soll schnell und unbürokratisch über die Bühne gehen. Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir diese Hilfe über die Kommunen regeln. Die Kommunen, die Bürgermeister und die Landräte, wissen ganz genau, wo es brennt. Vielleicht hat es dort eine Firma getroffen, die für die jeweilige Gemeinde wichtig ist. Vielleicht gibt es aber auch die eine oder andere Familie, die betroffen ist und nicht die Möglichkeit hat, schnell in ihr Heim zurückzukehren, weil sie nicht genügend Geld hat. Meine Damen und Herren, wir dürfen auch die Landwirtschaft nicht vergessen, die ansehen musste, wie Kartoffeln, Mais und alles andere, was auf den Feldern steht, in den Fluten untergegangen ist. Natürlich wurden auch Vereine geschädigt und die Blaulichtorganisationen, die jetzt ihre Bestände wieder auffüllen müssen. Wir denken: Der Weg über die Kommunen ist der einfachste, der schnellste und der solidarischste. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Weg gehen.

(Beifall bei der AfD)

Unser Antrag unterscheidet sich noch in einem weiteren Punkt von Ihrem: Wir wollen untersuchen, wo die Versäumnisse lagen, die zu diesen schweren Überschwemmungen geführt haben. Ich muss schon sagen, dass es aus meiner Sicht schäbig ist – und ich glaube, da spreche ich für meine ganze Fraktion –, jetzt mit dem Leid der Betroffenen die eigene Ideologie durchzupeitschen und weiterhin diese Klimawandel-Panik zu schüren. Meine Damen und Herren, das geht nicht, das ist unanständig, das ist schä-

big. Wir brauchen hier eine konkrete Auflistung, woran es gelegen hat. Eines kann ich Ihnen sagen: Es liegt nicht daran, dass in Bayern zu wenig Windräder stehen.

(Beifall bei der AfD)

Bevor es jetzt wieder mit den Vorwürfen losgeht, dass die AfD alles leugnet und sagt, dass es überhaupt kein Hochwasser gab, oder was auch immer: Schauen Sie sich doch einfach mal historische Gebäude an großen Flussläufen an, meine Damen und Herren. Solange die noch nicht irgendwie energetisch verpackt wurden, sehen Sie darauf meistens irgendwo Inschriften, wann ein Hochwasser war.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Da können Sie mehrere Jahrhunderte zurückgehen, Herr Schuberl. Gehen Sie doch einfach mal auf einen Kaffee nach Passau, wenn Sie mal nichts geraucht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Oder fahren Sie mit dem Bus rein. Mir ist egal, wie Sie dort hinkommen, aber schauen Sie sich mal an, wo die Pegelhöchststände waren. Hochwässer kamen immer wieder vor, sie werden auch in Zukunft vorkommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber wir haben die Pflicht, meine Damen und Herren, dafür zu sorgen, dass die Folgen abgemildert werden, und das können wir mit unserem Antrag bestens tun.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Fünf Jahrhunderthochwasser in den letzten zwanzig Jahren!)

Zur Wahrheit gehört auch: Der Siedlungsdruck ist – aus welchem Grund auch immer, ich möchte gar nicht genauer darauf eingehen –

(Zurufe: Oh!)

so groß geworden, dass sich die Menschen das Bauen nicht mehr leisten können. Also wird das Baugebiet dort ausgewiesen, wo es leicht geht und wo der Baugrund günstig ist. Das ist halt meistens dort, wo Überschwemmungsgebiete sind. Da müssen wir auch mal ran. Wir kommen immer wieder in die gleiche Bredouille. Von daher müssen wir uns in Zukunft auch überlegen, wo wir Bauland ausweisen und ob wir das auch weiterhin die Kommunen so freihändig machen lassen können.

(Beifall bei der AfD)

Eines muss aber klar sein, meine Damen und Herren: Eine Pflichtversicherung für Elementarschäden darf es nicht geben und wird es mit uns nicht geben. Denn das wäre das Unsolidarischste, was man sich nur vorstellen kann. Die Versicherungslobby ist bei Ihnen sicher dahinter, dass das kommen wird. Wir spreizen uns dagegen. Wir wollen Maßnahmen schaffen, dass es gar nicht so weit kommt.

(Beifall bei der AfD – Tim Pargent (GRÜNE): So wenig Ahnung in einer Rede, das muss man erst mal schaffen!)

Sprechen wir vielleicht noch über ein anderes Thema, das Ihnen auch nicht gefallen wird, und zwar: Sie haben es geschafft, unsere Krankenhausmilliarde abzulehnen, aus ideologischen Gründen, weil der Vorschlag von der AfD kommt – von Verblendung brauchen wir ja gar nicht mehr sprechen. Auch CSU und FREIE WÄHLER haben sie abgelehnt, aus welchen Gründen auch immer. Es war kein Grund ersichtlich, meine Damen und Herren. Jetzt muss man noch mal darüber sprechen, wo die Mutter des Problems liegt. – Sie liegt in Berlin.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das Problem sitzt im Gesundheitsministerium in Berlin und heißt Karl Lauterbach. Das, was hier an Raubbau an den bayerischen Krankenhäusern betrieben wird, ist unsozial. Das ist die unsozialste Politik, die wir jemals in Deutschland gesehen haben, von Roten, GRÜNEN und Liberalen.

(Beifall bei der AfD)

Gerade von der SPD hätte ich das nicht erwartet, das muss ich ganz ehrlich sagen. Dass die Liberalen Marktradikale sind, das wissen wir auch, und dass sich die GRÜNEN nur noch um die Bioladen-Bourgeoisie kümmern und ihnen die normale Landbevölkerung eigentlich ganz egal ist, das wissen wir mittlerweile auch. Aber, meine Damen und Herren – und das muss ich auch mal sagen –, Sie von der CSU – die FREIEN WÄHLER spielen in Berlin ja keine Rolle,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr auch nicht!)

das wissen wir mittlerweile – haben jahrelang mitregiert. Bis 2021 haben Sie das auch mitverschuldet. Ich spreche nicht von Mitverantwortung, ich sage ganz bewusst Mitschuld; denn Sie haben es verzögert und haben diese Krankenhausreform damals nicht angegangen.

(Beifall bei der AfD)

Es wäre eine echte Krankenhausmilliarde gewesen, die wirklich zum Bestandserhalt der kleinen Landkrankenhäuser, der flächendeckenden Versorgung vorhanden gewesen wäre. Sie haben nicht gewollt, dass man hier Geld reserviert. Wir haben ja noch den Gesetzentwurf zu diesem Thema, den wir auch in Kürze wieder diskutieren wollen. Darum werden Sie nicht herkommen. Vielleicht wird mit diesem Gesetzentwurf mal ein bisschen Vernunft angenommen, und wir können hier dann noch mal Geld lockermachen.

Aber eines muss vollkommen klar sein. Sie werden mal wieder sagen: Es ist nicht unsere Zuständigkeit, hier zu investieren. Gestern haben wir beim Einzelplan 09 über die Bahninfrastruktur gesprochen, bei der wir angeblich mit dem bayerischen Geld nur Bahndienste beauftragen sollten. Selbst da nehmen wir Geld für etwas in die Hand, was nicht in unserer Zuständigkeit liegt. Es ist lediglich eine Frage des Willens, meine Damen und Herren, ob Sie mit einer Krankenhausmilliarde nach AfD-Vorbild baye-

rische Krankenhäuser schützen und retten wollen oder ob Sie es nicht wollen und sich dem rot-grünen Weg anschließen.

(Beifall bei der AfD)

Ich frage mich ganz offen: Wie können Sie es Ihren Kollegen in den kreisfreien Städten und in den Landratsämtern – in Bayern hauptsächlich von FREIEN WÄHLERN und CSU – erklären, dass man sie hier im Stich lässt? Wie wollen Sie das den Bürgern erklären, den Patientinnen und Patienten, den Ärzten und den Pflegerinnen?

Eines noch, das man auch wissen muss: Jedes Krankenhaus hat Zulieferer. Diese Zulieferer zahlen Steuern. Von dieser Milliarde kommt etwas zurück. Das ist gut investiertes Geld – aus sozialen und aus wirtschaftlichen Gründen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden diesen Kurs weiterfahren. Wir wollen eine flächendeckende, gute, hoch qualitative Gesundheitsversorgung in Bayern, die auf den Patienten ausgerichtet ist und nicht auf Lobby-Interessen. Von daher: Gehen Sie diesen Weg der AfD mit, kommen Sie zur Vernunft, und versuchen Sie, den einen oder anderen Kollegen in Ihren Reihen vielleicht noch zu überzeugen, dass das eine gute Sache für Bayern ist. Es stärkt den ländlichen Raum, meine Damen und Herren. Wenn wir uns immer darüber Gedanken machen, den ländlichen Raum zu stärken, dann muss eines klar sein: Niemand zieht irgendwo hin, wenn das nächste Krankenhaus 50, 60 oder 70 km entfernt ist. Die Leute wollen vor Ort versorgt sein. Das ist das Erste, womit wir anfangen müssen. Das gilt übrigens genauso für die Landärzte.

Die Attraktivität des ländlichen Raumes fängt beim Krankenhaus und bei der Versorgung an, bei den elementarsten Bausteinen unseres Lebens, bei den elementarsten Bedürfnissen, die zu befriedigen sind, nämlich den Bedürfnissen der Gesundheit.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das nicht schaffen, dann sind Sie keine Partei des ländlichen Raumes. Die AfD ist die Partei des ländlichen Raumes und der Steuerzahler. Ich glaube, wir haben gut gewirtschaftet.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben noch nie gewirtschaftet, weil Sie noch nie in Verantwortung waren!)

Wir hätten ein attraktives Gegenkonzept, das funktioniert, das vor allem Steuergeld spart, aber auch zukunftsgemäß investiert und sozialen Ausgleich schafft.

Daher: Schließen Sie sich das nächste Mal uns an. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Nach einigen Jahren, in denen ich hier schon Haushaltsberatungen begleiten durfte, muss ich sagen, dass es CSU und FREIE WÄHLER geschafft haben, dass es diesmal zumindest die eintönigsten Haushaltsverhandlungen waren.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das war die Opposition!)

Zu jedem Einzelplan der gleiche Sound: Der Bund ist blöd, Berlin ist blöd, die Ampel ist schuld, und zwar so ziemlich an allen Problemen dieser Welt. Außerhalb Bayerns sind vor allem auch die jungen Leute zu faul und arbeiten mittlerweile nur noch in Teilzeit usw. usf.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der Haushalt ist perfekt!)

Man hat es sich ja zu jedem Einzelplan anhören können. Deswegen möchte ich es Ihnen jetzt ersparen, das noch mal zu wiederholen.

Aber wenn Sie zu jedem Einzelplan, zu jedem Tagesordnungspunkt das Gleiche sagen, dann muss ich Sie, die Redner von CSU und FREIEN WÄHLERN, schon mal fragen, ob Sie hier als Redner mittlerweile auch schon in Teilzeit arbeiten oder sich nicht mehr die Mühe, zum Haushalt zu sprechen, machen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie als Opposition arbeiten seit Jahren in Teilzeit!)

Aber man kann das so machen. Wenn man das von außen neutral betrachtet, merkt man das ja, und das fällt ja auch auf. Aber was mich in der Woche mehr verärgert hat, war, dass nach einigen warmen Worten an die Betroffenen, auch an die Hilfskräfte, nur die Nothilfe zur Flut in diesem Haushalt dazugekommen ist. Sie sind so in Ihrer Anti-Ampel-Rhetorik, aber auch im Bayern-Schönreden gefangen, dass Sie keine weiteren Mittel für Hochwasserschutz, für Renaturierungen oder für die Wasserwirtschaftsämter eingestellt haben. Die Möglichkeit hätte es mit diesem spätesten Haushalt in der bayerischen Geschichte gegeben. Sie hätten hier noch Mittel einstellen können. Aber Sie haben es versäumt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie machen auf dem Rücken der Betroffenen Politik, das ist durchschaubar!)

Ich möchte aber auch etwas zu den Einnahmen und zu den Vorwürfen sagen. Gerade der Kollege Pohl hat es geschafft, häufiger zur Erbschaftsteuer als zu den Auswirkungen der Flut zu reden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja! – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Nach den Rekordeinnahmen in den Vorjahren – das möchte ich so nicht stehen lassen – trüben sich die Steuereinnahmen. Jetzt kommen wir wieder zu diesem Haushalt. Da braucht die Staatsregierung schon einige Tricks: Zum Beispiel muss die Schuldentil-

gung umgebucht werden, das Flughafendarlehen wird aufgelöst, Reste aus der Stammstrecke werden eingezogen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Letztes Jahr, Herr Pargent!)

Dennoch werden fünf Milliarden Euro aus der Rücklage benötigt. Man fragt sich, was in den nächsten Jahren passieren soll.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ein Doppelhaushalt übernächstes Jahr!)

Statt sich dazu Gedanken zu machen, fordern die FREIEN WÄHLER auch noch die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Das ist ungerecht – so ungerecht, dass es nicht einmal mit der Bayerischen Verfassung in Einklang zu bringen ist. Das hat Ihnen der bayerische Finanzminister Albert Füracker mehrfach ins Stammbuch geschrieben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Erbschaftsteuer ist Bundeszuständigkeit!)

Außerdem würde das ein milliardenschweres Loch in den Haushalt reißen. Sie haben bereits fünf Milliarden aus der Rücklage entnommen. Woher soll dieses Geld also kommen? Wo wollen Sie dann kürzen? Diese Summe von fünf Milliarden Euro würde noch einmal fehlen. Das ist überhaupt nicht machbar, und da geht es Ihnen nur um Stimmungsmache vor der Bundestagswahl und nicht um eine ehrliche Steuerpolitik für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie wollen, dass die Industrie nach China abwandert!)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt herausgreifen. Unser Landeshaushalt, aus dem wir 40 % für Personal ausgeben, ist auch ein Personalhaushalt.

Beim Personal hat unser Ministerpräsident vor einigen Monaten wieder einen richtigen "Söder" rausgehauen. Im Freistaat sollten 5.000 Beamtinnen und Beamte wegfallen. Etwas kleinlauter wird nachgeschoben: aber erst bis 2035.

Welche Stellen gestrichen werden sollen, dazu wird kein Wort gesagt. Bei der Polizei und bei den Lehrkräften wurde erst aufgestockt. Bei der Justiz wird aktuell auch neu eingestellt. Wollen Sie lieber die Steuerverwaltung ausdünnen oder gar an die Wasserwirtschaftsämter und die IT-Behörden heran? Dieser Ministerpräsident lässt viel Raum für Spekulationen; die Schlagzeile war Herrn Söder wieder einmal wichtiger als ein durchdachtes Konzept für den Personalhaushalt in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister stimmt mittlerweile mit ein; die Personalausgabenquote sei mit 40 % bedenklich hoch. Ich muss sagen, dass ein Landeshaushalt nun mal auch ein Personalhaushalt ist.

Abseits dieser für viele Beschäftigte irritierenden Ankündigung von Herrn Söder gibt es Mängel bei der Personalausstattung. Ganz vorne steht die widersinnige Wiederbesetzungssperre. Es ist enttäuschend und völlig kontraproduktiv, dass die Staatsregierung an dieser Wiederbesetzungssperre festhält. Ich sage es noch einmal: Entweder man braucht eine Stelle oder nicht, aber sie monatelang frei zu halten, bevor man sie wiederbesetzt, schafft Lücken und vor allem einen Wissensverlust.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Im Gegensatz dazu stehen wir GRÜNE an der Seite unserer Beschäftigten. Wir haben in einigen Bereichen, zum Beispiel für unsere Gerichte, ganz gezielt Personalverstärkungen und gezielt Stellenhebungen, zum Beispiel in der Steuerverwaltung, beantragt. Des Weiteren stehen wir zu unseren Beschäftigten, indem wir das Deutschlandticket als Jobticket für alle Staatsbediensteten beantragt haben. Das wäre beschäftigtenfreundlich und würde die vielen Frauen und Männer im Dienste des Freistaats motivieren.

Sie müssen dazu nur unseren Anträgen zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pargent. – Als Nächster spricht Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Minister, die anwesend sind, wertees Hohes Haus! Heute geht es um den kommunalen Finanzausgleich 2024. Das FAG ist von zentraler Bedeutung. Wir, die SPD, fühlen uns als Partner der Kommunen und tragen auch sehr oft kommunal Verantwortung.

Die Kommunen sind das Rückgrat unseres Staates; sie erfüllen eine Vielzahl von Aufgaben. Das reicht von der Bereitstellung von Schulen und Kitas über die Gewährung einer guten Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern bis hin zur Sicherstellung des funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs. Ohne funktionierende Kommunen gibt es keine funktionierende Gemeinschaft.

(Beifall bei der SPD)

Um die vielfältigen Aufgaben angemessen erledigen zu können, brauchen unsere kommunalen Leistungsträger – das sind unsere Gemeinderäte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Kreisräte und die Bezirksräte – ausreichende finanzielle Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Das FAG soll sicherstellen, dass alle Kommunen unabhängig von ihrer Finanzkraft ihre Aufgaben bewältigen können und dadurch gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern geschaffen werden.

Die Staatsregierung lobt sich gerne dafür, dass der kommunale Finanzausgleich 2024 mit 11,4 Milliarden Euro ein neues Spitzenniveau erreicht hat.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Tatsächlich ist das unter Berücksichtigung der Inflation eine Senkung, wie wir das heute, ich glaube, von der CSU, schon gehört haben.

Angesichts der dramatischen Kostensteigerungen durch Inflation, zurückgehende Gewerbesteuerereinnahmen und insbesondere die stark steigenden Sozial- und Personalausgaben reicht diese Erhöhung bei Weitem nicht aus. Das heißt, wir gehen rückwärts statt vorwärts. Das ist die bayerische Politik.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns die Schlüsselzuweisungen an, die für die Kommunen von enormer Bedeutung sind, weil sie nicht zweckgebunden sind. 4,44 Milliarden Euro sind zwar ein neuer Höchststand, aber das reicht wieder nicht, um die Kosten der Aufgaben ansatzweise zu decken. Steigende Kosten und ein Mehr an Aufgaben bringen die Kommunen dazu, als Bittsteller aufzutreten. So weit sind wir; sie sind Bittsteller und nicht mehr Partner, wie das einmal war.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn! Unerträglich!)

Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Liste der Probleme bei den Kommunen ist lang. In den Kommunen ist ein Drittel der Straßen und Brücken in einem schlechten baulichen Zustand. Es bedarf einer Sanierung der Bäder. 860 Bäder sind in Bayern sanierungsbedürftig; Bedarf: 1,5 Milliarden Euro. Bei 373 bayerischen Krankenhäusern besteht eine Investitionslücke von ebenfalls 1,5 Milliarden Euro. Die Defizite wollen wir gar nicht erwähnen.

Mit dem Vorschlag der AfD wären die Krankenhäuser übrigens alle sofort bankrottgegangen. Dieser Vorschlag ist ein Unsinn sondergleichen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –
Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Eine bayerische Milliarde in diesem Gesetz! Lest erst einmal euren Antrag durch, damit die Leute wissen, worum es hier geht!

Noch immer fehlen bayernweit 70.000 Kitabetreuungsplätze. Dazu kommt 2026 die Ganztagsbetreuung. Spitzenreiter mit 4,5 Milliarden Euro sind die sanierungsbedürftigen maroden Schulgebäude. Die Staatsregierung weiß aber nicht einmal, in welchem Zustand sich die Schulen in Bayern befinden; das wollte ich durch eine Anfrage klären.

Für mich wäre wichtig, dass Sie endlich Ihre Schulden bei den Kommunen begleichen. Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen Geld versprochen, aber Sie zahlen es einfach nicht aus. Stattdessen heißt es: Wartet einmal, vielleicht nächstes Jahr, wenn Geld da ist.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn!)

Was heute Früh zur Grundsteuer gesagt wurde, hat mich ein wenig erschreckt. Ich hoffe, dass ich hier nichts trapsen höre und klebrige Finger nicht noch einmal an das Geld der Kommunen herangehen. Lasst den Kommunen die Grundsteuer, sie brauchen sie dringend.

Um die steigenden sozialen Lasten, auch durch die Zuwanderung – das muss man ganz klar sagen –, zu schultern, brauchen die Kommunen eine effektive Unterstützung durch den Freistaat. Wir müssen strukturell und nicht immer nur mit Heftpflastern arbeiten, sondern auch einmal sagen, wie es in Zukunft weitergeht.

(Martin Wagle (CSU): Bodenlos! Blödsinn!)

Leonid Breschnew kennen die meisten übrigens nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Winhart? Wer ist das? Wo ist der?

(Florian von Brunn (SPD): Hier ist er! Rechts außen!)

Ah, rechts außen!

(Beifall und Heiterkeit)

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie sagten, wenn man das machen würde, was die AfD für die Krankenhäuser vorschlägt, würden die Krankenhäuser pleitegehen. Sie haben mitbekommen, dass wir Geld ausschütten wollen?

(Zurufe der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD) und Florian von Brunn (SPD))

Solch einen ausgemachten Schwachsinn oder Schmarrn, um es einmal auf den Punkt zu bringen, habe ich noch nie gehört, dass jemand pleitegeht, wenn man Geld für einen Defizitausgleich gibt.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Und sich dann einkaufen!

Andreas Winhart (AfD): Ihnen sollte man wirklich kein Steuergeld anvertrauen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD)

Sie wollen doch die kleinen Landkrankenhäuser überhaupt nicht erhalten, weil Sie die Großkliniken wollen. Das ist unsozial und mit uns nicht zu machen. Das sage ich ganz klar.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Uns geht es um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

(Zurufe von der AfD: Uns auch!)

Ihnen geht es doch nur um einen Showantrag!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Menschen gesund werden, wenn sie krank sind. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Auch hier sitzen Menschen, die froh sind, wenn sie gut versorgt werden. Ein Dank an alle Ärztinnen und Ärzte!

Was Sie fordern, ist nur eine Show, nichts anderes.

(Zuruf von der AfD)

Wenn wir den Krankenhäusern helfen wollen – das muss ich auch sagen –, hätte die Staatsregierung auch schon mal etwas tun können bzw. mehr tun können.

(Martin Wagle (CSU): Wer ist zuständig für die Krankenhäuser?)

Jetzt alles auf den armen Bundesgesundheitsminister – –

(Zurufe: Oh!)

– Ich habe schon damit gerechnet. Die Vorgänger von Herrn Lauterbach kennt ihr schon? Sind die noch bekannt? Wer hat denn dieses System verbockt?

(Martin Wagle (CSU): Der Herr Lauterbach! Der sperrt doch den Laden zu!)

Saß der nicht einmal da oben? Der hat doch behauptet, durch die damalige Reform mit den Kostensätzen würde alles besser. Da oben saß er!

(Martin Wagle (CSU): Ein Eigentor nach dem anderen!)

Also, raufschauen, ruhig sein, nachdenken, besser machen! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Martin Wagle (CSU):
Die schlechteste Rede vom ganzen Tag!)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Maximilian Böttl das Wort. Das Geburtstagskind hat das Wort.

Maximilian Böttl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste und Zuhörer! Was könnte es Schöneres geben, als einen Geburtstag hier im Plenarsaal verbringen zu dürfen, und dann auch noch genau dann, wenn der bayerische Haushalt verabschiedet wird?

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

In meiner Rede zum Einstieg in die Haushaltsberatungen ging es um Otto und Odysseus, wer sich noch erinnert. Lassen Sie mich deshalb auch heute in Griechenland bleiben, auch wenn wir haushaltspolitisch wahrscheinlich andere Vorbilder haben. In Griechenland sagt man zum Geburtstag nämlich "Chrónia pollá". Übersetzt heißt das: viele Jahre. – Genau das könnte auch die Überschrift für unseren Haushalt sein, die Überschrift für das Haushaltsgesetz. Wir planen sauber, sorgen vor und denken voraus für viele Jahre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN)

Unter diesem Motto "viele Jahre" ist dieser Haushalt ein echtes Geschenk an die junge Generation, an die Bayern der Zukunft. Wir investieren für übermorgen. Das Volumen steigt von 71 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf 74 Milliarden Euro im Jahr 2024 und 76 Milliarden Euro im Jahr 2025 – jedes Jahr mehr für die Zukunft. Parallel dazu steigt die Investitionsquote von 14 % auf 15 %.

Die Investitionen sind aus zwei Gründen ganz entscheidend. Erstens. Gerade jetzt, da sich die Wirtschaft mit Investitionen leider zurückhält, kommt dem Staat als Auftraggeber und Kunde eine bedeutsame Rolle zu, um Wachstumsimpulse zu setzen, weil sie aus dem Bund eben ausbleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Grund, warum Investitionen gerade jetzt so wichtig sind: Jeder investierte Euro kommt über Steuereinnahmen von den Unternehmen, bei denen der Staat dann Kunde oder Auftraggeber ist, wenigstens anteilig zurück.

Aber auch die Ausgaben, die von manchen Kollegen als konsumptive Ausgaben abgetan werden, wirken sich positiv auf die Zukunft aus. Ein Beispiel: die Personalkosten in der Wissenschaft; die sorgen nämlich dafür, dass unsere jungen Menschen an unseren Universitäten weltbeste Chancen für ihre Zukunft bekommen. Sie sorgen auch dafür, dass an genau diesen Universitäten Ideen entwickelt werden, aus denen Produkte erwachsen. Produkte schaffen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Damit schließt sich der Kreis. Genau da müssen wir aber noch nachlegen und Gründern und Start-ups bessere Unterstützung gewähren, damit sie hierbleiben oder herkommen. So kann aus "Born in Bavaria" wieder "Made in Bavaria" werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mit dem Doppelhaushalt setzen wir auf die Zukunft: 52 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft, über 2 Milliarden Euro für den Wohnungsbau, fast 8 Milliarden Euro für Mobilität, über 500 Millionen Euro für Sport und Ehrenamt und 2,5 Milliarden Euro für Umwelt- und Klimaschutz, übrigens auch für die Geothermie. Das ist tatsächlich das Einzige, wo es sich lohnt, auf die GRÜNEN einzugehen.

Zu den GRÜNEN und zu dem, was da heute gesagt wurde: Wenn man mit gesprochener heißer Luft Energie produzieren könnte, hätten Sie bald wirklich mal einen Beitrag zur Lösung geliefert. Aber leider ist heiße Luft halt immer noch nicht erneuerbar. Deswegen ist es bei der Geothermie und den Bürgschaften ganz einfach so: Das klingt erst mal ganz klug. Aber wenn man es sich genau anschaut, stellt man fest, es macht den Kredit für das kommunale Unternehmen auch nicht billiger. Wir brauchen deswegen für die Geothermie und für andere kommunale Energieerzeugungen etwas Praxis-taugliches, was den Kommunen wirklich hilft. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Wie lange arbeitet ihr daran noch?)

Wir schaffen Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen, und geben den Menschen damit eine konkrete Perspektive,

(Barbara Fuchs (GRÜNE): Welche Perspektive?)

Optimismus und Lebensfreude.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nur Blabla!)

Wenn mir 16-Jährige sagen, ich habe Angst vor der Zukunft, weil ich glaube, dass wir es mal schlechter haben werden als meine Eltern, dann bewegt das mich persönlich und andere Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich dazu im Gespräch bin. Wir hatten als Jugendliche immer die Lebenseinstellung: Nach oben, nach vorne, immer besser. – Genau dieses Versprechen müssen wir wieder geben. Das heißt nicht zu versprechen, dass der Staat alles kann, sondern zu versprechen, dass es sich im Freistaat Bayern immer lohnen wird, fleißig zu sein, anderen zu helfen, zusammenzuhalten und zu leben und leben zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe von den GRÜNEN)

Gleichzeitig machen wir bei uns in Bayern – auch das ist ein Geschenk an künftige Generationen – keine neuen Schulden. Im Gegenteil, auch wenn Sie es nicht hören wollen: Wir tilgen alte Schulden, jedes Jahr 50 Millionen Euro. Seit 2011 hat Bayern übrigens fast 6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut. Trotz der schwachen Konjunktur machen wir da jetzt weiter, nicht weil wir müssen, sondern aus Überzeugung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jeder Cent weniger an Schulden entlastet künftige Generationen, schafft Spielräume und spart Zinsen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zum Vergleich: Im Bund wird mittlerweile jeder zehnte Euro – ich weiß, es tut weh, wenn man da zuhört – für Steuern und für Zinsen ausgegeben, ohne Mehrwert für die Menschen. Wir reden übrigens über den Bund nicht um abzulenken, sondern um zu aktivieren, damit da endlich etwas geschieht und es bei uns endlich wieder aufwärtsgehen kann mit den Steuereinnahmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass wir es trotz enormer Schwächen in der Konjunktur – Deutschland ist das einzige Industrieland, das schrumpft –, trotz dieser im Bund verursachten Schwächen jetzt schaffen, gegenzusteuern, in die Zukunft zu investieren und vor allen Dingen Planungssicherheit zu garantieren.

Aber weil die Konjunktur – wir haben es dieser Tage öfter gehört – nicht anspringt, werden die Spielräume jetzt enger. Die Steuerschätzung vom Mai sagt uns für 2024/2025 ein Minus von über 1 Milliarde Euro voraus. Aber wir haben Glück, und wer Glück hat, hat Albert Füracker als Finanzminister. Der hat dafür vorgesorgt, sodass wir trotzdem klarkommen. Je enger jetzt aber die Spielräume werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, umso fokussierter müssen wir uns als Staat aufstellen.

Die Kollegen Grossmann und Grob haben bereits beim Einzelplan 06 das Thema Personalkosten angesprochen. Jetzt ist wirklich der richtige Zeitpunkt für eine echte Verwaltungsreform, die die Struktur und die Stärke der Mitarbeiter aller Ebenen nutzt, um auch mal Grundlegendes infrage stellen zu dürfen. Themen sind doppeltes Tempo für die Digitalisierung, Modellregionen, in denen wir lernen, das Leben für die Menschen leichter zu machen, klare Prioritäten und Ausspielen der Ermessensentscheidungen immer zugunsten der Bürger, mehr Subsidiarität, weniger Komplexität, aber auch Absicherung der Haftung für die Mitarbeiter, Vertrauen zwischen den Ebenen. Die Junge Gruppe der CSU-Fraktion hat zu diesen fünf Punkten bereits Vorschläge eingebracht, damit wir gemeinsam ein echtes Bayern-Update möglich machen können.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss möchte ich allen ganz herzlich für die konstruktiven Diskussionen im Ausschuss, aber auch hier in den letzten Tagen, danken, besonders unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier. Genau wie unser Finanzminister hat er mich dann doch manchmal an den tapferen, siegreichen Odysseus erinnert, um darauf zurückzukommen: Erstens hatte er zwölf treue Gefährten im Ausschuss. Er musste uns mehrmals zwischen Skylla und Charybdis hindurchschiffen. Vielleicht wird er sich jetzt, wie Odysseus nach seiner Heimkehr auch, als Bettler verkleiden,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

um dann weiteren Begehrlichkeiten gleich Einhalt zu gebieten und die in den Griff zu bekommen. Ich danke allen Mitstreitern, danke, Josef Zellmeier, und auch dir, lieber Sepp, zu deinem runden Geburtstag noch mal: "Chrónia pollá!", auf viele Jahre für unser Bayern! Zum Geburtstag wünsche ich mir, dass Sie bitte diesem Doppelhaushalt für 2024/2025 zustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Böttl, ich wollte schon noch mal auf das eingehen, was Sie immer mantraartig wiederholen, nämlich Ihre Ideologie und Ihre verkürzte Auffassung von Staatsschulden. Ich habe das vor Kurzem schon gesagt: Wenn man für 50 Millionen Euro kreditfinanziert Hochwasserschutz für Simbach bekommt und damit verhindert, dass so etwas passiert, was 2016 passiert ist, Schäden in Höhe von 1 Milliarde Euro, dann macht es absolut Sinn, so etwas per Kredit zu finanzieren. Genauso macht es Sinn, kaputte Autobahnbrücken, die Andreas Scheuer hat liegen lassen, per Kredit wieder in Ordnung zu bringen. Das sind sinnvolle Investitionen. Das macht jedes Unternehmen so. Verabschieden Sie sich in diesem Punkt

mal von Ihrer neoliberalen Ideologie; die ist nämlich einfach falsch und kostet uns und den jungen Menschen die Zukunft, wenn wir ihnen marode Schulen, marode Infrastruktur und zu wenig Hochwasserschutz hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Kollege Böttl, bitte.

Maximilian Böttl (CSU): Sie haben vorhin während meiner Rede geratscht. Das hat mich ein bisschen an meine Grundschullehrerin erinnert, die dann immer gesagt hat: Lauschen, lernen, lösen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Aha!)

Herr von Brunn, tatsächlich ist es so, dass wir massiv investieren und eben trotzdem Schulden zurückzahlen. Das zeigt doch, dass es möglich ist. Da kann sich der Bund sehr viel von Bayern abschauen,

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft, die Sie hier verbreiten!)

und das werden wir jetzt auch gleich bei unserem bayerischen Finanzminister wieder hören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich dem Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Herrn Albert Füracker, das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Alles Gute zum Geburtstag, lieber Max. Ich erfülle dir den Wunsch: Ich werde dem Haushalt zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Haushaltsdebatte ist natürlich immer und alle Jahre wieder ein Stück weit ein Ritual. In den letzten Jahren war

es aber doch immer so – abgesehen davon, dass man immer wieder ritualmäßig versucht hat, das schlechtzumachen, was ich vorlege und was wir dann beschließen –, dass man eigentlich stolz auf das sein konnte, was beschlossen wurde, und darauf, wie wir die letzten Jahre gemeistert haben.

Das waren große Aufgaben, und manchmal habe ich schon an mir selbst gezweifelt. Ich bin 2018 Finanzminister geworden, und 2020 begannen die Krisen. Ich dachte, vielleicht liegt das an mir. Ich wäre gern bereit, solche Dinge auf mich zu nehmen. Die Krisen waren aber überall. Wir haben jedenfalls versucht, die Krisen bei uns im Land ordentlich zu bewältigen. Neben der Krisenbewältigung haben wir auch immer unseren Plan für Bayern weiterverfolgt. Darum geht es. Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist natürlich eine Idee für Bayern über die Krisenbewältigung hinaus.

Eines möchte ich schon noch sagen: Der Haushalt 2023 wurde am 30. März des Jahres 2023 beschlossen. Heute ist der 6. Juni 2024. Das ist noch der Wahl geschuldet etwa zwei Monate später im Jahr. Das haben wir auch schon oft erklärt. Im Jahr 2023 ist deswegen wirklich – Gott sei Dank – nichts Furchtbares passiert. Auch in 2024 wird deswegen nichts Furchtbares passieren.

Ich kann nur eines sagen: Wir haben in den letzten Jahren in Haushaltsplanung und -vollzug viel geschultert, und ich möchte mal sehen, ob das alle Länder so gut wie wir in Bayern hinbekommen haben. Wir hatten die Pandemie.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Heute habe ich gehört – ich glaube, irgendein Herr von der SPD hat gerufen, wir würden die Kommunen im Stich lassen und sonst was –, die Schulden würden nicht abgebaut. Wir haben von unseren 10 Milliarden Euro COVID-Schulden alleine rund 4 Milliarden Euro zugunsten der bayerischen Kommunen gemacht. Ich möchte das einfach mal sagen. Wir haben seitdem 4 Milliarden Euro Schulden mehr. Die bayerischen Kommunen hätten sonst 4 Milliarden Euro mehr Schulden. Wir haben in der Zeit alles bewiesen. Was ist hier gerufen worden? – Zu spät, zu wenig! – Dann hatten wir

20 Milliarden Euro; davon haben wir 10 Milliarden Euro gebraucht. Hinterher hat es geheißen – das lese ich heute noch –, die 20 Milliarden Euro seien nicht verwendet worden. Ich verweise auf die Energiehilfen im vorigen Jahr. Frau Köhler, ich schätze und achte Sie sehr, aber Sie haben hier – ich kann mich erinnern – fast kreischend gestanden

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein! – Florian von Brunn (SPD): Jetzt geht es aber echt zu weit!)

und haben gesagt, die Welt wird fast untergehen und es wird ganz furchtbar werden, wenn wir die Hilfen jetzt nicht schnell beschließen, die späte Beschlusslage für die Hilfen wird Bayern ins Chaos stürzen. Das ist alles nicht eingetreten. Es hat alles ordentlich geklappt. Ich schaue mir den Film Ihrer Rede vom vorigen Jahr extra noch mal an. Versprechen Sie nicht zu viel!

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Dann hatten wir geopolitische Herausforderungen: Ukraine, Migrationsfragen. Ich bin da wirklich der Allerletzte, der sich über die Herausforderungen der Migration beschwert; aber ich will bloß mal all denen sagen, die meinen, wir täten da nichts und es könnte überall noch mehr sein: In diesem Doppelhaushalt stehen 5,2 Milliarden Euro für Herausforderungen der Migration. Da ist es so ähnlich wie bei der Fluthilfe: Ich weiß nicht, ob das zum Schluss reicht. Hier sollte nicht immer so hysterisch diskutiert werden: 100 Millionen Euro? Und wenn das nicht reicht, was tun wir dann? – Auch bei der Fluthilfe wird es so sein, dass, wenn die 100 Millionen Euro nicht reichen – das haben wir jetzt, ich weiß gar nicht, wie oft, gesagt –, eben bedarfsgerecht über den Haushaltsausschuss nachgesteuert wird, der doch wirklich die Kompetenz hat, das zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum können wir helfen? – Wir können helfen, weil wir halt noch Reserven haben. Wir sind in den letzten Jahren wirtschaftlich stark gewesen. Das ist richtig. Aber wir haben bedauerlicherweise keinen guten Zustand. Deswegen sagtest du, Max, deine nachdenklichen Worte zur Frage: Wie geht es eigentlich im Land weiter? – Die sind mehr als berechtigt.

Neben der ritualisierten Debatte über den Haushalt für die Jahre 2024/2025 fragt sich doch die ganze Welt: Wie kann das eigentlich so weitergehen? – Wir haben 2023 ein Minuswachstum von 0,2 % gehabt. Warum ist die Steuerschätzung für 2024/2025 schlechter geworden? – Sie ist schlechter geworden, weil wir statt der prognostizierten 1,3 %, die der Bundeswirtschaftsminister prognostiziert hat – ich sage das, obwohl das der Bundesminister ist, der dafür zuständig ist; man darf das nicht mehr sagen, dass der Bund irgendwo zuständig ist –, nur noch 0,3 % haben. Für 2025 waren 1,5 % prognostiziert. Das ging zurück auf 1 %. Und damit sollen wir all diesen Herausforderungen gerecht werden? – Wir haben auch gesellschaftliche Herausforderungen, die dadurch entstehen. Die Erwartungshaltungen an den Staat sind doch nicht geringer geworden in den letzten Monaten und Jahren, sondern noch größer.

Zum Glück haben wir eine wunderbare Demokratie, und zum Glück gibt es viele, die dieser Demokratie ihre Hilfe angedeihen lassen, auch jetzt in der Flutkatastrophe. Ich nenne all die Ehrenamtlichen, die Menschen, die geholfen haben. Das Land hält zusammen. Ich wünsche mir das nicht nur in der Katastrophe. Ich danke allen Helferinnen und Helfern, die hier ihren Dienst tun, selbstverständlich; aber diesen Zusammenhalt würde ich mir nicht nur in der Katastrophe wünschen, sondern immer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir müssen doch an die denken, die nach uns kommen, und nicht dauernd die Diskussion führen: Wie können wir mit noch mehr Schulden Aufgaben erledigen, für die Mittel im Moment in der Dimension nicht erwirtschaftet werden? Wir haben ein wunderbares Land, aber nicht einmal wir schaffen es, für all die Wünsche, die wir haben, die Mittel so zu erwirtschaften, dass alle befriedigt werden können. Das muss doch

einmal zum Nachdenken Anlass geben. Sinnieren Sie nicht nur darüber: Können wir heute Schulden machen? Wenn es nicht reicht, macht man Schulden. – Meine Damen und Herren, auch zu viele Schulden verstoßen gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit. Das möchte ich an der Stelle schon auch einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist doch kein Ampel-Bashing, wenn ich mir die Frage stelle, warum unter den sieben stärksten Wirtschaftsnationen der Welt Deutschland plötzlich auf Platz 7 liegt. Die Krise gibt es auf der ganzen Welt. Das ist auch kein Ampel-Bashing, wenn ich mir die Frage stelle: Warum liegt Deutschland unter den G20-Staaten auf Platz 18? – Kaum eines der starken Länder hat so schlechte Prognosen wie wir. Man kann umgekehrt aber auch nicht davon ausgehen, dass eine Bundesregierung völlig schuldlos an der wirtschaftlichen Entwicklung im Land ist. Darf man denn so etwas nicht mehr sagen? Sie weisen darauf hin, dass wir im Landtag und nicht im Bundestag sind. Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist das ein Versagen der Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe die Herausforderung, dass ich jetzt eine um 1,1 Milliarden Euro niedrigere Steuerschätzung zu bewältigen habe, aber die Erwartungen hier sind – ich habe genau zugehört –, dass wir trotz weniger Steuern mehr investieren und mehr für die Kommunen und den Sozialstaat ausgeben. Eine solide Finanzpolitik wäre aber wichtig! Ja nichts aus der Rücklage nehmen! – Die Schuldenbremse einzuhalten, ist jedoch nicht irgendein Wunsch, sondern ein Verfassungsgebot, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß manchmal gar nicht, ob es an meiner fehlenden juristischen Vorbildung liegt, dass ich ständig Juristen davon überzeugen muss, dass in der Verfassung steht, es gibt eine Schuldenbremse, meine Damen und Herren. Eigentlich müssten wir darüber

gar nicht sprechen: Wir können nicht einfach Schulden machen, außer wir erklären eine Notlage. Ich komme noch dazu, was das bedeutet. Die Notlage haben wir anderswo, auch wenn man darüber nicht sprechen darf.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir haben hier Schuldenbremse statt Sondervermögen, und ich sage allen Ernstes: Es geht nicht nur um Schulden. Selbst wenn Herr von Brunn mit seiner letzten Zwischenfrage recht haben könnte, dass es günstiger wäre, irgendwo 50 Millionen Euro zu investieren, statt 100 Millionen Ausgleichszahlungen leisten zu müssen, so weiß ich doch mit einmal 50 Millionen Euro für einen Ort nicht, ob genau dieser Ort der gewesen wäre, den es erwischt hätte. Ich brauche 50 Millionen mal mehrere tausend oder zehntausend Orte, wenn ich das verhindern will, was Sie sagen. Wahrscheinlich habe ich dann wieder genau am falschen Ort gebaut. Deswegen machen wir es trotzdem. Aber zu glauben, hier eine Rechnung aufmachen zu können! Das ist genauso, wie wenn mir manche Leute sagen, ein Euro investiert in irgendwelche Maßnahmen bringt sieben Euro zurück. Darauf sage ich: Du bekommst eine Milliarde, gib mir sieben Milliarden zurück! Was sind denn das für Rechnungen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Das beweist nur, dass man sich der Realität nicht stellen will. Schulden, meine Damen und Herren, kann man in einem starken Land natürlich bewältigen. Das ist mir klar. Die AfD spricht dann von einem Berg Schulden, und Herr von Brunn sagt, Schulden zu machen lohnt sich.

(Florian von Brunn (SPD): Intelligent investieren!)

Ich kann nur eines sagen: Wäre ich Bundesfinanzminister und müsste – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Gott bewahre! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das wäre das Beste, was uns passieren könnte! – Toni Schuberl (GRÜNE): Gott be-

wahre! 16 Jahre habt ihr das Land in den Abgrund gefahren und werft es uns nun vor! – Zuruf: Hast du Marihuana geraucht, oder was? – Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): – Ich bin froh, dass Sie so gläubig sind und gleich den lieben Gott anrufen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wäre ich Bundesfinanzminister und müsste einen Haushalt mit 39 Milliarden Euro neuen Schulden planen, um mit diesem Haushalt 37 Milliarden Euro Zinsen zu bezahlen – meine Damen und Herren, hier muss man keine große akademische Bildung haben, und hier hilft auch nicht der Glaube an Gott alleine. 39 Milliarden Euro Schulden zu machen, um 37 Milliarden Euro Zinsen zu bezahlen!

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wer hat die Schulden denn gemacht? – Zuruf der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland! – Hier können Sie so laut schreien, wie Sie wollen, das ist die Realität. Sie sollten sich bei dieser Bundesregierung lieber Sorgen um dieses Land machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Wir haben hier nach den Krisenjahren seit 2020 erneut einen Haushalt geplant. Ja, es kann einmal mehr und einmal weniger übrig bleiben. Ich weiß es auch nicht, und Steuerschätzungen sind, wie der Name schon sagt, Schätzungen. Aber wir haben uns angestrengt, in all den Jahren auch im Vollzug wieder etwas zu erwirtschaften, was mir heute vorgeworfen wird. Das muss man sich einmal vorstellen: Ich darf mir anhören, dass ich als Finanzminister ehrlich eine globale Minderausgabe und eine Haushalts-

sperre durchsetze! Deswegen ist Bayern nicht in einem Zustand wie andere Bundesländer, ganz im Gegenteil, die Finanzen sind sortiert.

Es ist so: Alleine kann niemand einen solchen Haushalt aufstellen. Dies möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen. Wir bringen hier den Entwurf der Staatsregierung ein. Ich danke dem Ministerpräsidenten für den Rückhalt, den ich dabei genieße, und dem gesamten Kabinett. Jeder Minister, der sich hier in den letzten Tagen Vorwürfe hat gefallen lassen müssen, dass man hier und dort noch mehr hätte brauchen können, hätte sagen können: Herr Füracker hat mir das Geld nicht gegeben. Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren, dass alle in unserem Kabinett verantwortungsbewusst an die nächste Generation denken und nicht nur an sich selbst. Das ist entscheidend. Das Gesamtkonstrukt Regierung und Haushaltsplanung muss passen.

Dafür danke ich den Fraktionen, der Koalition, dem Vorsitzenden und natürlich meinem Ministerium, meine Damen und Herren. Ich habe top Personal in diesem Ministerium, wie dies auch für andere Ministerien gilt. Auch das ist die Wahrheit, die wir den Leuten immer wieder sagen dürfen, bei allem Beamten-Bashing. Und wer hier immer alles am besten weiß: Wir haben in Bayern eine super Verwaltung auf allen Ebenen, insbesondere auch im Ministerium. Heute danke ich stellvertretend all meinen Beamtinnen und Beamten, die hier sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich danke dem Haushaltsausschuss, Josef Zellmeier, Bernhard Pohl und all euren Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Ich habe gerade von Max Böttl gehört, im Haushaltsausschuss gibt es zwölf Apostel. Wie dies auch immer sein mag, hier sind wir schon wieder beim Glauben. Hier lassen wir uns später noch belehren. 16 Einzelpläne, 14.700 Haushaltsstellen, 250 Kapitel und 800 Änderungsanträge: Das ist eine Meisterleistung in dieser Zeit! Natürlich hätten wir vielleicht auch vier Wochen früher fertig

sein können, aber es soll ja auch gründlich beraten werden und es sollen gute Beschlüsse gefasst werden. Ich danke ausdrücklich dafür!

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist Krisenmanagement und Zukunftsstrategie. Dafür muss ich keine Worte erfinden: Jawohl, auch dieser Haushalt ist angesichts der Thematik und der Problematik, in der dieses Land steckt, ein Premiumhaushalt. Dabei bleibe ich. Das lasse ich mir auch nicht wegdiskutieren, weil ich nicht glaube, dass man unter diesen Voraussetzungen mit all den unterschiedlichen Abwägungen, die zu treffen sind, einen besseren Haushalt hätte erstellen können.

Mir sagen die Menschen am häufigsten – ich weiß nicht, wie es euch geht –, Unternehmer und andere, überall: Herr Minister, ich bräuchte Planungssicherheit. Ich erwidere daraufhin immer: Mein lieber Herr, meine liebe Dame, ich sage es Ihnen ganz offen: Ich auch! Ich bräuchte auch Planungssicherheit. In diesen Zeiten ist das besonders schwierig.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Sie planen jetzt wahrscheinlich, zur Sicherheit jede Minute einmal hineinzurufen. Das können Sie tun. Das steigert den intellektuellen Wert der Debatte aber allenfalls unwesentlich, das kann ich Ihnen auch sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Planungssicherheit bedeutet in diesem Jahr Doppelhaushalt. – Frau Köhler, wir haben mit dem heutigen Tag einen Beschluss, nicht nur für den Haushalt 2024, sondern auch für den Haushalt 2025. Es gibt Institutionen in diesem Land, über die ich nicht sprechen darf, weil diese in Berlin angesiedelt sind.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Diese haben für 2025 noch nicht einmal einen Entwurf oder eine Idee. Sie wissen noch gar nicht, wie sie ihre Lücken von über 20 Milliarden Euro decken sollen. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Planung ist stabil. Ja, der Steuereinbruch ist in der Tat gravierend, und ich habe auch nicht getrickst, sondern eine Konjunkturvorsorge im Haushalt in Höhe von 770 Millionen Euro vorgeschlagen, die wir je nachdem, wie sich der Vollzug darstellt, in größter Krise in unterschiedlicher Weise einsetzen können. Mir wäre es auch lieber, ich könnte die Summe für die Tilgung einsetzen. Hier gebe ich Ihnen recht. Mir ist es aber nach dem, was jetzt an der Steuerschätzungsfront geschehen ist, lieber, hier eine Reserve zu haben, über die wir im Vollzug noch verfügen können, als dass wir uns heute darüber unterhalten müssten, noch mehr zu nehmen.

Andere Bundesländer machen jetzt Nachtragshaushalte oder sonst irgendwas, weil sie überhaupt kein Geld mehr haben. Große Bundesländer in Deutschland haben nicht einmal mehr Rücklagen in dreistelliger Millionenhöhe. Manche Bundesländer machen jetzt den Topf der Pensionsvorsorge auf und erklären die Notlage. Liebe Frau Köhler, ich habe mich in der Finanzministerkonferenz vorletzte Woche gut austauschen können. Da sind auch Finanzminister Ihrer Partei, GRÜNE, dabei, die sagen, dass sie eine Notlage haben und an den Pensionsfonds gehen müssen. Das müssen wir alles nicht machen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir haben hier nicht getrickst, sondern wir haben dem Landtag vorgeschlagen, diese Vorsorge einzustellen. Das hat der Haushaltsausschuss getan. Transparenter geht es nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Jetzt schauen wir mal, was im Jahr im Vollzug wirklich passiert. Ich bin auch traurig, dass ich das jetzt brauche, weil die Steuern voraussichtlich nicht so sprudeln werden und weil wir eine Hochwasserhilfe organisieren. Aber wir können gut steuern. Warum ist es deswegen auch haushaltstechnisch nicht falsch? – Weil wir für 2025 möglicherweise auch wieder einen Nachtragshaushalt bekommen. Da kann man all das wieder nachsteuern, was im Moment in dem Jahr voraussichtlich anders gesteuert werden müsste.

Diese 149 Milliarden Euro sind kein Sparen in der Krise. Ich habe hier ein paarmal das Wort Sparen gehört, meine Damen und Herren. Das Neueste ist jetzt, dass man nicht inflationsangeglichenen Ausgaben unterstellt, es wäre Sparen. Meine Damen und Herren, wir haben auch leider, Herr Halbleib, keine der Inflation angeglichenen Einnahmen. Ja, wo sind denn die?

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt nicht!)

Lieber Herr Halbleib, eine kleine Belehrung zum Haushalt: Wenn ich inflationsangeglichene Ausgaben fordere und keine Schulden machen will, muss ich auch – –

(Florian von Brunn (SPD): Die Verträge folgen der Inflation und führen zu höheren Steuereinnahmen!)

– Herr von Brunn, es ist interessant, dass Sie jetzt haushaltspolitisch so theoretisch unterwegs sind. – Herr von Brunn hat gerade, für wenige hörbar, gesagt: Mit der Inflation steigen die Steuereinnahmen. – Dann müssten wir uns beim Arbeitskreis Steuerschätzung wirklich beschweren. Dann sollte Herr von Brunn da mal hingehen; denn dann hätte man prognostisch steigende Steuereinnahmen. So haben wir sinkende Steuereinnahmen. Scheinbar sind die Experten für Steuerschätzung nicht in der Lage, das so einzuwerten wie der Herr von Brunn. Ich gehe aber nach den Experten, Herr von Brunn, leider nicht nach Ihnen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum nehmen wir 5 Milliarden Euro aus der Rücklage? – Noch einmal zum Mitdenken: Wir haben eine Investitionsquote von 15 %, Nordrhein-Westfalen hat 11 %, beide in Planung. 22,4 Milliarden Euro unseres Doppelhaushalts gehen demnach in die Investition. Würde ich mit 11 % Investitionsquote planen, wären das für den Doppelhaushalt 6 Milliarden Euro weniger Investition in Bayern. 5 Milliarden Euro planen wir aus der Rücklage. Das heißt, würden wir genauso planen wie Nordrhein-Westfalen, würden wir nicht nur 5 Milliarden Euro aus der Rücklage sparen, sondern wir hätten noch einmal 1 Milliarde Euro weniger Ausgaben. Das ist die Wahrheit. Für Investitionen dieser Dimension in der Krise bin ich bereit, diese Rücklagen einzuplanen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Investition gegen die Krise: Das ist auch unsere Idee für Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bildungsausgaben über 52 Milliarden Euro – so viel wie nie. Bei uns beginnt der Mensch nicht erst beim Akademiker. Auch das muss man immer wieder sagen. 50 % der Menschen, die in Bayern studieren, haben kein Abitur am Gymnasium gemacht. Ich habe vor Kurzem gelesen, es wäre ein Desaster, weil nicht alle Kinder aufs Gymnasium gehen. Mein Gott, es ist gut, wenn man das kann; es ist gut, wenn man akademisch gebildet ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es ist auch so – ich weiß das aus eigenem Erleben –, dass man auch einen anderen Weg in seinem Leben gehen kann. Deswegen muss nicht alles nur von Nachteilen gezeichnet sein. Wir haben jedenfalls dafür gesorgt, dass Mundwerker und Handwerker in unserem Land gut unterstützt werden. Das ist für uns entscheidend, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die kostenlose Meisterausbildung ist im Haushalt enthalten; 17 Milliarden Euro für innere Sicherheit, 3,6 Milliarden Euro für Gesundheit, 2,3 Milliarden Euro für Wohnraumförderung.

Das möchte ich jetzt hier schon einmal sagen: Da wird immer gesagt, es wäre Bundesgeld dabei. Also, wir haben zweierlei, das darf man nicht verwechseln: Wir haben Geld, Steuereinnahmen, die in Bayern erwirtschaftet wurden, die wir aber nicht bekommen, weil im Länderfinanzausgleich über den Finanzkraftausgleich, wie das jetzt heißt, die Umsatzsteueranteile anderen Bundesländern zugewiesen werden. Zwischen 9 und 10 Milliarden Euro, die Hälfte all dessen, was jährlich umverteilt wird, zahlt allein Bayern.

Darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden aber in Bayern auch Steuern gezahlt, die im Bundeshaushalt selbst eingeplant und wieder ausgegeben werden. Wenn von diesem Geld aus Steuergeldern, die wir auch nach Berlin überwiesen haben, etwas nach Bayern geht, muss ich nicht nur kein schlechtes Gewissen haben, wenn ich das nehme, sondern ich muss selbstverständlich sagen: Ja, ist doch klar, dass ich das auch hier ausgeben kann.

Man muss sich in dem Land jetzt ständig dafür rechtfertigen, wenn man vom Bund Geld erhält und es in Bayern investiert. Ich halte das für eine pure Selbstverständlichkeit. Deswegen haben wir bei der Wohnraumförderung so viel Gesamtinvestitionen aus Steuergeldern in Bayern wie noch nie. Dafür brauchen wir uns nicht rechtfertigen, sondern wir sind hier auf einem guten Weg.

Das gilt im Übrigen auch beim Hochwasser. Da ist es auch so. Wenn wir jetzt sagen, dass wir Hilfe vom Bund haben möchten, ist das kein ungerechtfertigter Ruf in Richtung Bund, sondern wir haben nach dem Hochwasser im Ahrtal in Deutschland einen großen Hilfs- und Aufbaufonds von 30 Milliarden Euro aufgelegt. 2 Milliarden Euro davon hat der Bund einbezahlt für Bundesliegenschaften, die kaputt waren; bis zu 28 Milliarden Euro teilen sich die Länder und der Bund. Bayern hat dort jetzt schon drei Jahre lang je 37 Millionen Euro eingezahlt. Bis 2050 werden wir planmäßig etwa 1,1 Milliarden Euro einzahlen. Deswegen darf es auch sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir, wenn in Bayern mal etwas passiert, nachdem wir jetzt schon 111 Millionen Euro eingezahlt haben, sagen: An den Hilfen für den Aufbau, die

wir jetzt in Bayern geben, muss sich selbstverständlich dieser Fonds beteiligen – nicht, weil wir jemanden anbetteln, sondern weil wir dafür auch bezahlen. Ja, wo sind wir denn? – Das ist doch vollkommen normal.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen noch einmal zur nachhaltigen Finanzpolitik: Wir können als Gesellschaft so nicht weitermachen. Ich bin immer wieder erschüttert, dass ich als Finanzminister in vielen hochrangigen Runden sitzen darf, die sich stundenlang darüber unterhalten, wie sie endlich diese Verfassungsvorgaben für die Schuldenbremse so umgehen können, dass es kein Verfassungsverstoß ist oder dass es keiner merkt. – Das wird auf Dauer nicht tragen. Wir brauchen mehr hochrangige Runden, die sich damit beschäftigen, wie wir es endlich wieder schaffen, in dem Land mehr Steueraufkommen zu erwirtschaften. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen beteiligen wir uns nicht an diesen Schulden. Wir machen keine neuen Schulden, was in diesen Zeiten höchst bemerkenswert ist. Ich bin mal gespannt, wie viele Bundesländer das für 2025 hinbekommen. Die Schuldenbremse bleibt, und wir tilgen zweimal 50 Millionen Euro. Wir werden den BayernFonds ablösen, sodass letztendlich 140 Millionen Euro planmäßig als Tilgung schon im Haushalt stehen.

Die Schuldenbremse ist keine Investitionsbremse. Wir haben 15 % Investitionsquote und – ich möchte es noch einmal betonen – die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Wir planen solide und strengen uns im Vollzug an. Deswegen lasse ich auch nicht zu, dass der Konsolidierungsbeitrag, Herr Halbleib, und die Haushaltssperre ständig diskreditiert werden; denn die Haushaltssperre haben wir schon seit vielen Jahren, und der Konsolidierungsbeitrag steht jetzt auch seit Jahren im Haushalt. Das ist kluge Ressortverantwortung. Die Ressorts erwirtschaften damit eigenverantwortlich 1 Milliarde Euro im Haushaltsvollzug, und wir können damit die Rücklagenentnahme, die ja gerade kritisiert wurde, auch senken.

Im Übrigen ist die Rücklagenentnahme 2024 und 2025 deutlich niedriger, als sie es 2023 war. 2023 betrug sie 3,1 Milliarden Euro, 2024 werden es 2,4 Milliarden Euro sein und 2025 2,6 Milliarden Euro. Wir plündern auch keine Rücklage – auch das kommt ritualisiert zurück –; wir stärken sie wieder. Ich bin jetzt seit über sechs Jahren Finanzminister. Wenn die Rücklagenentnahmen, die hier immer beklagt wurden, alle aus der Rücklage gekommen wären, dann wären wir jetzt nicht mehr im Plus, sondern im Minus. Ich weiß nicht, warum niemandem auffällt, dass auch wieder Geld in die Rücklage zurückfließt. Das ist doch logisch. Insofern wäre es mir recht, wenn wir hier auch intellektuell redlich und korrekt argumentieren.

Meine Damen und Herren, die Kommunen bereiten auch mir Sorgen. Diese Sorgen nehme ich nicht deswegen ernst, weil wir die Kommunen nicht ordentlich mit Geld versorgen würden. Die Kommunen erkennen an, dass wir ihnen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Neben dem Finanzausgleich in Höhe von 11,4 Milliarden Euro haben wir noch mehr Unterstützungsleistungen für die Kommunen, die nie erwähnt werden. Insgesamt sind in diesem Haushalt von den über 73 Milliarden Euro rund 21,2 Milliarden Euro auf unterschiedlichen Wegen als Unterstützungsgelder für die Kommunen eingeplant. Diese Gelder betreffen alle Bereiche vom Ausbau des Glasfasernetzes über das Asylbewerberleistungsgesetz bis hin zur Kinderbetreuung. Das sind alles Dinge, die eigentlich gar nicht im kommunalen Finanzausgleich vorgesehen sind. Fast 30 % des bayerischen Haushaltes – nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis – gehen auf unterschiedlichen Wegen an die Kommunen.

Gerade haben wir darüber diskutiert: 40 % der Mittel brauchen wir für das Personal. Fast 30 % brauchen wir für die Kommunen. Das heißt, fast 70 % des bayerischen Haushaltes sind überhaupt nicht mehr in der Verfügungsgewalt des Parlaments oder des Finanzministers, sondern sind faktisch schon ausgegeben, bevor das Haushaltsjahr überhaupt beginnt. Da ist nirgendwo etwas halbiert worden. Das ist die Wahrheit. So ist das.

(Arif Taşdelen (SPD): Das Geld wird in den Kommunen auch erwirtschaftet!)

– Mein Gott!

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich wiederhole: Die Unterstützung der Kommunen ist das höchste Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Wir nehmen sie sehr ernst. Wir machen alles einvernehmlich im Rahmen der Finanzausgleichsgespräche mit den Kommunen. Eines muss ich mal sagen: So, wie hier manchmal getan wird, dass wir bei der Aufgabenerledigung ein Desaster in den Kommunen hätten, das stimmt nicht. Unsere Kommunen in Bayern haben nach wie vor eine Investitionsquote von 23 % ihres Haushaltes. In den Flächenländern West werden von den Kommunen lediglich 16 % des Haushaltes investiert. In Nordrhein-Westfalen werden von den Kommunen 13 % des Haushaltes investiert. Wenn es so wäre, dass bei uns alle Schulen marode wären und die ganze kommunale Infrastruktur am Ende wäre, dann frage ich Sie: Auf welchen Straßen fahren und in welche Schulen gehen eigentlich die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in den sonstigen Flächenländern West? Wir haben kein Desaster. Wir haben Herausforderungen. Das ist selbstverständlich. Die Kommunen haben in den letzten Jahren kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem gehabt. Wenn ich mit den Kommunen spreche, dann reden sie nicht über bayerische Gesetze, die Ausgaben erzeugen, sondern in der Regel sind das Gesetze des Bundes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist etwas, das ich Ihnen gerne auch noch sagen möchte: Die durchschnittlichen Kreisumlagen lagen in Bayern im Jahr 2015 bei einem Umlagesatz von 47,4 %. Die Kreisumlagen für das Jahr 2024 sind gerade beschlossen worden und betragen nunmehr 47,8 %. Wir hatten also bis zum heutigen Tag keine dramatische Steigerung. Wir hatten keine exorbitante Veränderung. Die Veränderung beträgt gerade einmal 0,4 Prozentpunkte. Die Bezirksumlagen betragen im Jahr 2015 im Durchschnitt 20,34 %. Im Jahr 2024 betragen sie 21,2 %. Zwei Bezirke haben ihre Umlage in diesem Jahr sogar senken können. Ja, wir müssen das ernst nehmen. Wir haben eine

angespannte Situation. Wir müssen mit den Kommunen Gespräche führen und sie unterstützen.

Meine Damen und Herren, aber über eines müssen wir miteinander sprechen: Egal, wer das Geld in Deutschland ausgibt – ob das die Kommunen, die Länder oder der Bund sind –, jeder Euro muss erwirtschaftet werden und kann nur einmal ausgegeben werden. Deswegen sollten wir damit aufhören, mit den Kommunen darüber zu streiten, wer was bezahlt. Wir müssen uns erst einmal Gedanken machen, was wir wirklich brauchen und was wir wirklich finanzieren wollen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So ist es!)

Das ist das Entscheidende. Die Strukturen müssen diskutiert werden. Und dann können wir darüber diskutieren, wer zahlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Strukturdebatte ist mein Angebot. Ich habe nichts dagegen, sondern ich führe sie gerne.

Für den öffentlichen Dienst geben wir zusätzlich 4,25 Milliarden Euro aus. Die Zahlen sind bekannt. Wir haben viele Beschäftigte und bezahlen sie sehr gut. Wenn ich einmal auf die anderen Bundesländer schaue, muss ich sagen: Es gibt überhaupt keinen Grund, dass wir hier in Bayern wegen der Bezahlung des öffentlichen Dienstes in Sack und Asche gehen. Es ist viel besser, in Bayern Beschäftigter im öffentlichen Dienst zu sein, als anderswo, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Verwaltung leistet super Arbeit. Unsere Verwaltung ist auch nicht verstaubt, sondern hochdigital unterwegs. Sie ist mit Künstlicher Intelligenz unterwegs. Wir haben IT-Kompetenz. Ich habe das heute schon mal gesagt und wiederhole das: Die vielen Experten in der IT, die wir in unserem Geschäftsbereich haben, beweisen, dass

wir hier in Bayern IT-Kompetenz haben und nicht nur IT-Blabla. Das ist entscheidend. Das setzt sich in der Bildung fort, ohne dass ich die Dinge alle einzeln anspreche. Für uns in Bayern sind Bildung, Hochschulbildung, Forschung und Hightech Agenda entscheidend. Das ist schon alles diskutiert worden. Wo gibt es das in dieser Dimension noch?

Ich will die Familienunterstützung thematisieren. Wir haben im Doppelhaushalt 1,6 Milliarden Euro für das Familiengeld eingeplant. 6,9 Milliarden Euro sind für die Förderung von Kitas und sonstigen Kinderbetreuungseinrichtungen eingeplant. Das ist ein Plan für Bayern. Das ist eine Idee für Bayern, dass wir junge Familien unterstützen. Junge Familien können sich in Bayern auf uns verlassen. Meine Damen und Herren, darauf kommt es an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für das Gesundheitswesen und die Pflege, insbesondere PflegesoNah, sind 144 Millionen Euro eingeplant. Lieber Klaus Holetschek, was haben wir darüber diskutiert. Was hast du dem Finanzminister da alles abgerungen. Dazu zählen auch die Krankenhausförderung und das Landespflegegeld mit 890 Millionen Euro. Das ist einmalig in der gesamten Republik. Zum Krankenhaus sage ich wiederholt und zum letzten Mal: Wir veranschlagen bedarfsgerecht. Wir finanzieren bedarfsgerecht, damit zeitnah abfinanziert werden kann. Für die Krankenhausinvestitionsförderung sind dies in diesem Jahr 800 Millionen Euro und nicht 1 Milliarde Euro. Das haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart. Das wird dazu führen, dass wir in diesem Jahr bedarfsgerecht abfinanzieren können. Was im nächsten Jahr ist, werden wir beim nächsten kommunalen Spitzengespräch vereinbaren. Die Kommunen diskutieren die Dinge mit uns vernünftig. Miteinander – das ist unsere Idee für Bayern.

Als Allerletztes komme ich auf die Infrastruktur zu sprechen. Ich sage das noch einmal, weil mir das Sorgen macht. Ich habe manchmal diesen Eindruck: Als moderne Menschen haben wir es uns angewöhnt zu glauben, man könnte Wohlstand konser-

vieren, indem man einfach nichts mehr verändert. Überall, wo etwas gebaut wird, taucht zunächst einmal die Frage auf: Ist das überhaupt notwendig? Wenn etwas nicht neu gebaut, sondern repariert wird, wird zwanzig Jahre später gefragt: Warum ist es nicht gemacht worden? Das beginnt bei Straßen und hört manchmal beim Hochwasserschutz auf. Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Wir haben im Bereich der Infrastruktur 1,1 Milliarden Euro für Staatsstraßen und für die analoge Infrastruktur eingeplant. Wir haben 480 Millionen Euro für das Glasfasernetz eingeplant, das ist unsere digitale Infrastruktur. Meine Damen und Herren, das ist es, was wir wollen. Deshalb bringen wir diese Herausforderungen, die ich am Anfang nannte, bestmöglich unter einen Hut.

Um diesen Haushalt beneiden uns zumindest 15 andere Bundesländer. Um diesen Haushalt beneidet uns mindestens die Bundesrepublik Deutschland. Möglicherweise gibt es in Europa noch andere Länder, in denen die Abgeordneten glücklich wären, wenn sie in einem Parlament sitzen dürften, das so einen Haushalt beschließt. Schlechtgeredet wird so ein Haushalt nur in Bayern. Was willst du machen? Damit müssen wir leben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen: Das ist wirklich ein Durchstarte-Haushalt aus der Krise heraus. Wir dürfen uns der Krise nicht beugen. Wir müssen die Gesellschaft aktivieren und die Wirtschaft stimulieren. Wir dürfen das aber nicht mit Schulden tun, sondern wir müssen das Geld in sozialem Frieden erwirtschaften. Wir leben in einem wunderbaren Land. Auf diesem Planeten leben acht Milliarden Menschen. Siebeneinhalb Milliarden von ihnen würden jeden Tag gerne mit uns tauschen. Dieses Bewusstsein sollten wir leben. Das müssen wir auch mal wieder in unseren Gesichtsausdruck einstellen. Wir halten bei Katastrophen und auch sonst selbstverständlich zusammen. Wir brauchen Akzeptanz für nachvollziehbare Entscheidungen.

Bayern ist ein wunderbares Chancenland. Bayern ist kein Jammerland, sondern ein Chancenland. Meine Damen und Herren, wenn Sie diesen Haushalt unterstützen, dann merken Sie auch an, dass Sie nicht fürs Jammern und nicht fürs Schlechtreden stehen, sondern für Aufbruch und Zukunft. Deshalb ergeht meine herzliche Bitte: Unterstützen Sie diesen Doppelhaushalt für die Jahre 2024 und 2025. Das ist unsere Idee für Bayern, für dieses Land, auf das wir so stolz sind. Gott mit dir, du Land der Bayern!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich möchte die Euphorie und die Autosuggestion durch meine Nachfragen nicht bremsen.

(Michael Hofmann (CSU): Nicht mal das schaffen Sie!)

Herr Minister, ich hätte drei Nachfragen.

Erste Frage. Nachdem Sie die Haushaltsordnung und den Unterschied zum Bund so bemüht haben – auf Bundesebene gibt es einen einjährigen Haushalt, nach meiner Kenntnis seit 1949 und damit auch zu Zeiten des Finanzministers Strauß –, während hier im Landtag die Bayerische Haushaltsordnung im Vordergrund steht, frage ich Sie: Sind Sie bereit, den nächsten Haushaltsentwurf nach den Regeln der Haushaltsordnung des Freistaats Bayern vorzulegen?

Zweite Frage. Stimmen Sie meiner Aussage zu, dass es bei diesem Haushaltsentwurf für 2024, wenn man die Inflation, die Sperren und die Minderausgaben abzieht, bei den Ausgaben nach absoluten Zahlen keinen realen Aufwuchs gibt?

Dritte Frage. Sind Sie bereit, meine Wette anzunehmen – sechs Bocksbeutel stehen gegen welches Getränk auch immer Sie anbieten –, dass auch in diesem Jahr die In-

vestitionsquote, die Sie in den Haushaltsentwurf reinschreiben, deutlich unterschritten wird? Ich biete Ihnen diese Wette ausdrücklich noch einmal an.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wissen Sie, Herr Halbleib, die Fragen sind überhaupt nicht raffiniert, sondern die Antworten liegen auf der Hand.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Erstens. Wie soll man denn im Haushalt den Inflationsausgleich abbilden? – Ich glaube, voriges Jahr hatten wir bis zu knapp 9 % Inflation. Dann hätte der Haushalt um 9 % steigen müssen, dann hätten wir nicht 73 Milliarden, sondern 80 Milliarden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie drücken sich um die Antwort herum!)

– Nein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da merkt man Ihre Inkompetenz!)

Ich will Ihnen ja nur sagen, was das in der Praxis bedeutet. Sie fordern, die Inflationsrate im Haushalt abzubilden; Sie fordern also bei 10 % Inflation einen Haushalt von 80 Milliarden Euro, den ich dann bei den Steuereinnahmen, die prognostiziert wurden und die nicht steigen, sondern nach unten gehen, finanzieren soll.

(Volkmar Halbleib (SPD): Realer Aufwuchs ja oder nein? – Michael Hofmann (CSU): Wann kann der mal zuhören, wenn er eine Frage stellt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er wird es nicht verstehen!)

Wenn Sie nicht wollen, dann erkläre ich es halt nicht.

Zweitens. Wir haben auch im letzten Jahr unsere internen Sperren gehabt. Den Konsolidierungsbeitrag der Ressorts in Höhe von 571 Millionen Euro haben wir auch ge-

habt. Sie nehmen in einem Jahr den Planansatz, im anderen Jahr nehmen Sie den Vollzug und meinen dann, das wäre raffiniert. – Wir hatten in beiden Jahren genau die gleiche Sperre und genau den gleichen Konsolidierungsbeitrag. Da hat sich also gar nichts verändert.

Meine Damen und Herren, insofern ist es schon wirklich interessant, zu fordern, dass alle Haushaltstitel mit der Inflation steigen müssen.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, es geht darum, ob Sie die Konjunktur stützen! Das tun Sie nicht!)

Das hätte bedeutet, dass wir in den letzten Jahren, als wir Nullinflation hatten, die Forderung der SPD nach Nullsteigerung des Haushaltes hätten umsetzen müssen. Das wird schwierig sein, das wird es nirgendwo geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Sie bremsen und Sie stützen nicht!)

Noch etwas?

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Keine mehr? – Schön.

(Florian von Brunn (SPD): Was ist mit der Wette, Herr Minister?)

– Also, so ein Quatsch!

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Die da drüben leiden am Kanzler-Scholz-Syndrom!)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen auch sonst keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen. Ich bitte deshalb um Aufmerksamkeit. Die Tagesordnungspunkte werden wieder getrennt.

Wir stimmen zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024 ab. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 19/411, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/1872 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2165.

Vorweg ist über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/1872 abzustimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/411 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/2165.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind SPD und AfD. Damit ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind SPD und AfD. Enthalt-

tungen? – Sehe ich keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1738 mit 19/1761, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2069, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/2333, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/2301, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/2274 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2264.

Wir beginnen jetzt mit sechs namentlichen Abstimmungen, die zu den erwähnten Änderungsanträgen beantragt worden sind.

Ich komme zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Soforthilfe für Betroffene der Überschwemmungen im Mai und Juni 2024" auf der Drucksache 19/2301. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14:37 bis 14:40 Uhr)

Gibt es denn noch Abgeordnete, die noch nicht abgestimmt haben? – Das sehe ich nicht, dann schließe ich die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schnelle und unbü-

rokratische Hochwasserhilfe ermöglichen" auf Drucksache 19/2274. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten, und ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14:40 bis 14:42 Uhr)

Gibt es noch Abgeordnete, die noch nicht abgestimmt haben? – Sehe ich nicht, dann schließe ich die Abstimmung.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen der Starkregen- und Hochwasserkatastrophen Ende Mai/Anfang Juni 2024 in Bayern" auf Drucksache 19/2264. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten, und die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:43 bis 14:45 Uhr)

Wenn keine weitere Zeit benötigt wird, dann würde ich die Abstimmung schließen.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Deutschlandticket als Jobticket ermöglichen" auf Drucksache 19/1739. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt erneut zwei Minuten, und ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14:45 bis 14:47 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – eine echte Krankenhausmilliarde für die Bayerischen Krankenhäuser" auf Drucksache 19/1751. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt auch hier zwei Minuten, und die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:47 bis 14:49 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Hochwasser in Bayern - schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene" auf Drucksache 19/2333.

(Heiterkeit)

– Offensichtlich sind alle Klarheiten beseitigt. Ich eröffne die Abstimmung, die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14:50 bis 14:52 Uhr)

Damit schließe ich auch diese Abstimmung und gebe gleich die Ergebnisse der einzelnen namentlichen Abstimmungen bekannt.

Als Erstes geht es um den AfD-Änderungsantrag betreffend "Soforthilfe Überschwemmungen" auf der Drucksache 19/2301: Mit Ja haben 25, mit Nein 143 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Das Zweite ist der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Hochwasserhilfe" auf der Drucksache 19/2274: Mit Ja haben 41, mit Nein haben 125 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Jetzt kommen wir zu dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den SPD-Antrag, auch hier zum Thema "Hochwasserhilfen", auf der Drucksache 19/2264: Mit Ja haben 44, mit Nein 125 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Nun kommen wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Deutschlandticket als Jobticket ermöglichen", Drucksache 19/1739. Mit Ja haben 43 und mit Nein haben 125 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun kommen wir zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – eine echte Krankenhausmilliarde" auf der Drucksache 19/1751: Mit Ja haben 44, mit Nein 126 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Nun noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Hochwasser in Bayern" auf der Drucksache 19/2333: Mit Ja haben 165 und mit Nein haben 2 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/2069 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen sowie die Änderungen aufgrund des soeben beschlossenen zum Plenum eingereichten Änderungsantrags auf der Drucksache 19/2333 seine Zustimmung geben will, den bitte, sich vom Platz zu erheben. –

Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die AfD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge ist über Plenum Online einsehbar.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 19/2069.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Hohe Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2069 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 19/1761 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist abgeschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024/2025. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 19/412, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 19/1768 und 19/1769, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/1762 mit 19/1766, der Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 19/1767 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht

des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2166.

Zunächst ist über die soeben erwähnten acht Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle Änderungsanträge zur Ablehnung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über alle acht Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Ich lasse daher so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das müssen hoffentlich alle sein. – Das schaut so aus. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 19/412. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat Zustimmung zum Gesetzentwurf empfohlen mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen vorgenommen werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt hinsichtlich des Gesetzentwurfs Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 19/2166.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich schlage jetzt vor, in einfacher Form die Schlussabstimmung nach § 56 durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf so zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind, wie auch vorher, CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Liegen mir nicht vor. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025)".

Damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Es waren drei intensive Tage.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte die Sitzung nicht unnötig verlängern, es sei mir aber gestattet, den Mitgliedern des Haushaltsausschusses insbesondere ein herzliches Dankeschön zu sagen, genauso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, die die Haushaltsberatungen so intensiv betreut haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Plenarreferats, die die letzten drei Tage da gewesen sind, natürlich auch den Stenografinnen und Stenografen, die hier Hochleistungen erbracht haben, und den Offiziantinnen und Offizianten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte natürlich auch dem Finanzminister und seinem Ministerium danken

(Allgemeiner Beifall)

sowie allen, die zu diesem Gemeinschaftswerk ihren Beitrag geleistet haben. Ich bedanke mich für die Disziplin der Kolleginnen und Kollegen, für die Wortbeiträge und die Debatte. Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluss: 14:59 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Soforthilfe für Betroffene der Überschwemmungen im Mai und Juni 2024 (Kap. 13 03 TG 71 - 74 neuer Tit., Kap. 13 06 Tit. 359 01) (Drucksache 19/2301)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger		X	
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian		X		Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel			
Demirel Gülseren		X		Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene	X			Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	25	143	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schnelle und unbürokratische Hochwasserhilfe ermöglichen (Kap. 13 03 TG 71 - 74, Kap. 13 06 Tit. 359 01) (Drucksache 19/2274)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal				Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex				Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	41	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen der Starkregen- und Hochwasserkatastrophen Ende Mai/Anfang Juni 2024 in Bayern (Kap. 13 03 TG 71 - 74 und Kap. 13 06 Tit. 359 01) (Drucksache 19/2264)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Deutschlandticket als Jobticket ermöglichen (Kap. 13 02 Tit. 511 03) (Drucksache 19/1739)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - eine echte Krankenhausmilliarde für die Bayerischen Krankenhäuser (Kap. 13 10 Tit. 891 71) (Drucksache 19/1751)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	126	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Hochwasser in Bayern - schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene (Kap. 13 03 Tit. 681 71) (Drucksache 19/2333)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adje Benjamin	X			Eberwein Jürgen	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel	X			Enders Susann	X		
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang	X		
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker	X			Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Freller Karl			
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian	X		
Beck Tobias	X			Frühbeißer Stefan	X		
Becker Barbara	X			Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea	X			Füracker Albert	X		
Behringer Martin	X						
Beißwenger Eric	X			Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina	X		
Bernreiter Christian	X			Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Bötl Maximilian	X			Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert	X			Groß Johann	X		
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin	X			Grossmann Patrick	X		
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig			
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang	X		
Dierl Franc				Heinisch Bernhard	X		
Dr. Dietrich Alexander	X			Heisl Josef	X		
Dietz Leo	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Dorow Alex	X			Herrmann Joachim			
Dremel Holger				Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert	X			Högl Petra	X		
				Hofmann Michael	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela	X		
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar	X		
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			
Mittag Martin	X		
Müller Johann	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing Stephan	X		
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia	X		
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton	X		
Roon Elena	X		
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner	X		
Schmid Franz			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna	X		
Storm Ramona	X		
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	165	2	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten **17 bis 19**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024

(Drs. 19/411, 19/2165)

II. zum Einzelplan 13

(Drs. 19/2069)

III. zum Haushaltsgesetz 2024/2025

(Drs. 19/412, 19/2166)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024

Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024)
(Drs. 19/411)
Drs. 19/1872

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellenpool Behördenverlagerungen – Heimatstrategie
(Kap. 13 02 Tit. 422 06)
Drs. 19/1738
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Deutschlandticket als Jobticket ermöglichen
(Kap. 13 02 Tit. 511 03)
Drs. 19/1739

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: sogenannte Fraktionsreserve auflösen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/1740
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/1741
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Rücklagenentnahme
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/1742
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 19/1743
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 19/1744
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderprogramm klimafitte Schule und Sanierung öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 19/1745
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Dividendenzahlung der BayernLB
(Kap. 13 60 Tit. 121 11)
Drs. 19/1746
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Verkauf der staatlichen Anteile an der EON SE
(Kap. 80 20 Tit. 133 01 (Anlage B zu Epl. 13))
Drs. 19/1747

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 19/1748
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/1749
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/1750
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – eine echte Krankenhausmilliarde für die Bayerischen Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 71)
Drs. 19/1751
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Reduzierung bzw. Streichung der Tilgung
(Kap. 13 19 Tit. 325 52)
Drs. 19/1752
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/1753
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Minderausgaben aufgrund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen in sämtlichen Einzelplänen
(Kap. 13 02 Tit. 972 01)
Drs. 19/1754
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schuldentilgung I
(Kap. 13 06 Tit. 325 64)
Drs. 19/1755

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schuldentilgung II
(Kap. 13 19 Tit. 325 52)
Drs. 19/1756
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schuldentilgung III
(Kap. 13 60 Tit. 325 52)
Drs. 19/1757
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Rettet die Krankenhäuser!
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 19/1758
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Konjunkturvorsorge I
(Kap. 13 06 Tit. 359 02)
Drs. 19/1759
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Konjunkturvorsorge II
(Kap. 13 06 Tit. 919 02)
Drs. 19/1760

III. Haushaltsgesetz 2024/2025

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1762, 19/2166
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1763, 19/2166
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1764, 19/2166

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1765, 19/2166
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1766, 19/2166
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1767, 19/2166
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Änderung des Art. 5 – Bayerische Haushaltsordnung
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1768, 19/2166
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 19/412)
Drs. 19/1769, 19/2166